

5. Sitzung

am Donnerstag, dem 11. September 2003

Inhalt

Wahl von sechs Mitgliedern und 13 stellvertretenden Mitgliedern des Staatsgerichtshofs

Vereidigung der Mitglieder des Staatsgerichtshofs 181

Entwicklung Bremerhavens zu einem maritimen Technologiezentrum

Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 6. August 2003 (Drucksache 16/18)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 2. September 2003 (Drucksache 16/28)

Abg. Bödeker (CDU) 182
Abg. Breuer (SPD) 184
Abg. Wedler (FDP) 187
Abg. Tittmann (DVU) 189
Abg. Lehmann (Bündnis 90/Die Grünen) 190
Abg. Breuer (SPD) 191
Abg. Bödeker (CDU) 193
Bürgermeister Perschau 194

Stellungnahme des Senats zum 25. Jahresbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz

Mitteilung des Senats vom 26. August 2003 (Drucksache 16/25) 197

Wahl eines Mitglieds der staatlichen Deputation für Wirtschaft und Häfen 197

Ausbau des Freiwilligen Ökologischen Jahres (FÖJ)

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und der CDU vom 10. September 2003 (Drucksache 16/34)

Abg. Crueger (Bündnis 90/Die Grünen) 198
Abg. Imhoff (CDU) 198
Abg. Dr. Schuster (SPD) 199
Senator Eckhoff 200
Abstimmung 200

Gesetz zur Änderung des Bremischen Beamtengesetzes

Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU vom 4. September 2003 (Drucksache 16/31)

1. Lesung
2. Lesung
Abg. Frau Wiedemeyer (SPD) 201
Abg. Frau Dr. Trüpel (Bündnis 90/Die Grünen) .. 201
Abg. Tittmann (DVU) 202
Abg. Focke (CDU) 203
Abstimmung 203

Erhöhung der Fraktionszuschüsse

Antrag des Abgeordneten Wedler (FDP) vom 5. September 2003 (Drucksache 16/32)

Abg. Wedler (FDP) 204
Abg. Tittmann (DVU) 205
Abg. Kastendiek (CDU) 206
Abg. Frau Linnert (Bündnis 90/Die Grünen) 208
Abg. Böhrnsen (SPD) 210
Abstimmung 212

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Möhle, Tschöpe, Frau Wangenheim.

Präsident Weber**Vizepräsident Ravens****Schriftführerin Arnold-Cramer****Vizepräsidentin Dr. Trüpel****Schriftführerin Hannken****Schriftführerin Marken**

Bürgermeister **Perschau** (CDU), Senator für Wirtschaft und Häfen und für KulturSenator für Bau, Umwelt und Verkehr **Eckhoff** (CDU)Senator für Finanzen **Dr. Nußbaum**

Staatsrat **Dr. Färber** (Senator für Wirtschaft und Häfen)Staatsrat **Logemann** (Senator für Bau, Umwelt und Verkehr)Staatsrat **Lühr** (Senator für Finanzen)

- (A) Präsident Weber eröffnet die Sitzung um 10.00 Uhr.
- Präsident Weber:** Meine Damen und Herren, ich eröffne die fünfte Sitzung der Bürgerschaft (Landtag).
- Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und die Vertreter der Presse.
- Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich der Abgeordneten Gerlinde Berk zu ihrem heutigen Geburtstag die herzlichsten Glückwünsche des Hauses aussprechen. Herzlichen Glückwunsch, Frau Berk!
- (Beifall)
- Wir treten in die Tagesordnung ein.
- Wahl von sechs Mitgliedern und 13 stellvertretenden Mitgliedern des Staatsgerichtshofs**
- Wir verbinden hiermit:
- Vereidigung der Mitglieder des Staatsgerichtshofs**
- Meine Damen und Herren, die Wahlvorschläge liegen Ihnen schriftlich vor.
- Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.
- (B) Wir kommen zur Wahl.
- Wer entsprechend den Wahlvorschlägen wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!
- (Dafür SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und Abg. Wedler [FDP])
- Ich bitte um die Gegenprobe!
- (Dagegen Abg. Tittmann [DVU])
- Stimmenthaltungen?
- Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) wählt entsprechend.
- Jetzt werden die Herren den Plenarsaal betreten.
- Ich frage jetzt die gewählten Mitglieder des Staatsgerichtshofs, ob sie ihre Wahl annehmen.
- Herr Dr. Jörg Bewersdorf?
- (Herr Dr. Bewersdorf: Ich nehme die Wahl an!)
- Herr Dr. Manfred Ernst?
- (Herr Dr. Ernst: Ich nehme die Wahl an!)
- Herr Professor Dr. Eckart Klein?
- (Herr Professor Dr. Klein: Ich nehme die Wahl an!)
- Herr Professor Dr. Ulrich Preuß?
- (Herr Professor Dr. Preuß: Ich nehme die Wahl an!)
- Herr Professor Dr. Alfred Rinke?
- (Herr Professor Dr. Rinke: Ich nehme die Wahl an!)
- Herr Konrad Wesser?
- (Herr Wesser: Ich nehme die Wahl an!)
- Meine Herren, ich stelle fest, dass Sie Ihre Wahl als Mitglied des Staatsgerichtshofs angenommen haben.
- Wir kommen jetzt zur Vereidigung.
- Meine Damen und Herren, gesetzliches Mitglied des Staatsgerichtshofs ist gemäß Artikel 139 der Landesverfassung der Präsident des Obergerichtshofs, Herr Matthias Stauch.
- (D) Paragraph 4 Absatz 5 des Gesetzes über den Staatsgerichtshof schreibt vor, dass die Mitglieder des Staatsgerichtshofs vom Präsidenten der Bürgerschaft vor versammelter Bürgerschaft vereidigt werden.
- Wir kommen zur Eidesleistung.
- Ich spreche Ihnen die Eidesformel vor und bitte Sie, nach Aufruf den Eid zu leisten mit den Worten „Das schwöre ich“ oder „Das schwöre ich, so wahr mir Gott helfe“.
- Der Eid lautet: „Ich schwöre, dass ich das mir anvertraute Amt eines Mitglieds des Bremischen Staatsgerichtshofs gewissenhaft und unparteiisch ausüben, die Gesetze und rechtlichen Gewohnheiten nach meinem besten Wissen und Gewissen anwenden und mich jederzeit für die demokratische Staatsform im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland und der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen einsetzen werde.“
- Ich bitte jetzt, den Eid zu leisten!
- Herr Matthias Stauch!
- (Herr Stauch: Das schwöre ich!)
- Herr Dr. Jörg Bewersdorf!
- (Herr Dr. Bewersdorf: Das schwöre ich!)

(A) Herr Dr. Manfred Ernst!
 (Herr Dr. Ernst: Das schwöre ich!)
 Herr Professor Dr. Eckart Klein!
 (Herr Professor Dr. Klein: Das schwöre ich, so wahr mir Gott helfe!)
 Herr Professor Dr. Ulrich Preuß!
 (Herr Professor Dr. Preuß: Das schwöre ich!)
 Herr Professor Dr. Alfred Rinken!
 (Herr Professor Dr. Rinken: Das schwöre ich!)
 Herr Konrad Wesser!
 (Herr Wesser: Das schwöre ich, so wahr mir Gott helfe!)
 Meine Herren, Sie haben den Eid geleistet. Ich danke Ihnen und gratuliere Ihnen recht herzlich zur Wahl in den Bremischen Staatsgerichtshof.

(Beifall)

(B) Meine Damen und Herren, ich unterbreche die Sitzung.

(Unterbrechung der Sitzung 10.05 Uhr)

*

Präsident Weber eröffnet die Sitzung wieder um 10.11 Uhr.

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, ich eröffne die unterbrochene Sitzung wieder.

Entwicklung Bremerhavens zu einem maritimen Technologiezentrum

Große Anfrage der Fraktion der CDU
 vom 6. August 2003
 (Drucksache 16/18)

Dazu

Mitteilung des Senats vom 2. September 2003

(Drucksache 16/28)

Dazu als Vertreter des Senats Bürgermeister Perschau.

Meine Damen und Herren, gemäß Paragraph 29 unserer Geschäftsordnung hat der Senat die Möglichkeit, die Antwort auf die Große Anfrage in der Bürgerschaft mündlich zu wiederholen.

Herr Bürgermeister Perschau, ich gehe davon aus, dass Sie davon keinen Gebrauch machen.

(Bürgermeister Perschau: Ich habe das lange überlegt, aber ausnahmsweise mache ich keinen Gebrauch davon!)

Wir treten in die Aussprache ein.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Bödeker.

Abg. **Bödeker** (CDU *): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen, meine sehr geehrten Herren! Lassen Sie mich zunächst eine Eingangsbemerkung machen: Es ist immer die Frage der Verhältnismäßigkeit zwischen Bremen und Bremerhaven, die geklärt werden muss und die auch heftigst diskutiert wird. Ich glaube, dass diese Anfrage und die Antwort des Senats deutlich zeigen, dass Bremen für Bremerhaven viel leistet und dass wir auch die Chancen ergreifen. Insofern denke ich, dass Leistungen für Bremerhaven in der Vergangenheit, insbesondere durch den Wirtschaftssenator, erbracht wurden, und wir als Landesparlament können uns die zukünftige Weiterentwicklung am Standort Bremerhaven so auch vorstellen. Ich glaube, wir sind auf einem guten Weg.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die große Koalition in der Bremischen Bürgerschaft und damit die beiden Koalitionsfraktionen und die Koalitionsparteien haben in einer gemeinsamen Koalitionsvereinbarung Schwerpunkte für Bremerhaven gesetzt. Das ist richtig, und wir Bremerhavener sind dankbar dafür. Allerdings sind im Alltagsgeschäft der Politik die eingeleiteten und umgesetzten Maßnahmen oft eine Selbstverständlichkeit und werden eigentlich gar nicht mehr zur Kenntnis genommen. Wenn man bedenkt, dass eine gute Wirtschaftspolitik immer die beste Arbeitsmarktpolitik ist, sind wir auf dem richtigen Weg, den Menschen in Bremerhaven und in der Region wieder eine Zukunftsperspektive zu geben.

Ich glaube, wir haben in Bremerhaven überlegt, und wir diskutieren immer zwei Standbeine der Wirtschaft, nämlich Häfen und Werften. Wir sind dabei, mit großer Bremer Unterstützung ein drittes Standbein, den Dienstleistungssektor, zu betrachten. In Bremerhaven diskutieren ganz wenige darüber, dass die maritimen Technologien eigentlich das vierte Standbein sind, und ich halte das für ganz wichtig. Die konsequente Umsetzung ist somit die Entsch-

 *) Vom Redner nicht überprüft.

(C)

(D)

- (A) dung der beiden Wirtschaftsstandorte, diese Überlegungen sind vom nachfolgenden Wirtschaftssenator Josef Hattig mit dem Ziel weiterbefördert worden, auch moderne maritime Technologien vorzuhalten.
- Wir müssen allerdings aufpassen. Veränderungen im Wirtschaftsbereich finden nicht nur in Bremen und Bremerhaven statt. Wenn wir über Windenergie mit dem Schwerpunkt Offshorewindenergie reden, über moderne Werftbetriebe in Bremerhaven, die sich im Stahlbau hervorragend auskennen, dann muss man wissen, dass vom 23. bis 27. September in Husum die Messe „Husumwind“ durchgeführt wird, auf der auch die BIS, die BIG und die Windenergieagentur für unseren Standort werben, aber auch viele andere Standorte werben für diesen Technologiebereich.
- Ein anderer sehr wichtiger Bereich ist die blaue Biotechnologie. Hier, meine Damen und Herren, sind wir dank Bremer Hilfe in Bremerhaven einen großen Schritt weitergekommen. Das Biotechnologiezentrum Bio Nord bietet große Chancen, in enger Zusammenarbeit mit der Hochschule Bremerhaven und mit dem ttz, aber auch mit dem Alfred-Wegener-Institut den Anforderungen der Zukunft als Biotechnologiestandort gerecht zu werden, und, meine Damen und Herren, die Auslastung des Biotechnologiezentrums ist hervorragend!
- (B) Die Frage, wie wir das Bremerhavener Technologiezentrum T.I.M.E. Port einbinden können, ist für Bremerhaven ein wesentlicher Bestandteil. Das umgebaute Post-Telekom-Gebäude in Bremerhaven ist als erster Bauabschnitt für sich schon eine Erfolgsgeschichte. Die zweite Baustufe am Neuen Hafen wird bald in Angriff genommen. Auch hier ist darauf zu achten, dass die Vernetzung ohne Reibungsverluste mit den anderen Institutionen erfolgt.
- Kernfragen der Hafenwirtschaft sind die Frage der Logistik und die Frage, wie wir als Dienstleister auch im Bereich der Lokoquote dazugewinnen können. Ich glaube, dass der Senator für Wirtschaft und Häfen mit dem Projekt Lokoquote auf dem richtigen Weg ist. Ebenso ist die Verknüpfung in Logistikfragen von Eurogate und BIS der richtige Weg.
- Politisch klug, meine Damen und Herren, ist eine langfristige Planung der Perspektiven für den Standort Bremerhaven mit dem Strukturentwicklungskonzept Bremerhaven 2020. Wir müssen vermehrt dazu übergehen, Strukturmaßnahmen nicht nur kurzfristig, sondern mittelfristig, ja sogar langfristig zu betrachten. Gerade hier besteht die Chance, in Verknüpfung mit modernen maritimen Wirtschaftszweigen zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen – das ist uns im Übrigen auch in der Vergangenheit hervorragend gelungen –, so dass Menschen ihre Zukunftschancen wieder in Bremerhaven sehen, denn auch das ist ein Weg für den Stadtstaat, die gefährliche Bevölkerungsabwanderung nicht nur zu stoppen, sondern sogar umzukehren.
- (C) Die Antwort Nummer vier auf unsere Anfrage beinhaltet nicht nur die Verzahnung einzelner Einrichtungen, sondern auch die eigenständige Entwicklung, und hier ist zuerst die Hochschule Bremerhaven zu nennen. Wir haben gestern im Bereich Wissenschaft schon darüber gesprochen. Der Arbeitsbegriff „Fachhochschule am Meer“ zeigt uns auf sympathische Weise, wie sich die Hochschule in Bremerhaven von anderen Hochschulen unterscheiden möchte. Aber auch hier müssen wir darauf achten, dass wir im Land Bremen keine Konkurrenz bekommen.
- Die Hochschule hat auch den maritimen Weg eingeschlagen. Neue Studiengänge wie Seetouristik und Maritime Technologie nehmen ihre Arbeit auf. Der letztgenannte Studiengang ist mit dem AWI entwickelt worden. Hier gibt es noch eine weitere Verknüpfung, denn in diesem Studiengang erhoffen wir uns Impulse für den Bereich der Offshorewindenergie. Es muss uns gelingen, Forschungsergebnisse aus diesem für Bremerhaven wichtigen Bereich möglichst schnell und reibungslos an die Betriebe in der Wirtschaft zu liefern. So haben wir die Chance, einen Vorsprung gegenüber den Mitbewerbern in anderen Regionen zu erreichen.
- Bei der Frage nach modernen Technologien spielt auch das Institut für Seeverkehrswirtschaft und Logistik mit der eigenständigen vierten Abteilung in Bremerhaven eine wesentliche Rolle. Das ISL bietet eine Dienstleistung für lokale Unternehmen an, indem es unter anderem angewandte Software für die Hafenwirtschaft anbietet. Auf diesem Gebiet müssen auch die Chancen zur Stärkung von Betrieben konsequent genutzt werden. Meine Damen und Herren, das ist der richtige Weg!
- (D) Ein wesentlicher Punkt bei allen Überlegungen muss die Realisierung einer Forschungs- und Entwicklungszone sein. Der Kollege Jäger hatte gestern davon gesprochen, fußläufig, diese Chance haben wir in Bremerhaven. Der Schwerpunkt ist das AWI mit dem Neubau im Bereich des Handelshafens. In unmittelbarer Umgebung werden große Immobilienbestände frei, so dass wir die Achse Innenstadt-Hochschule-AWI-Fischereihafen mit der Biotechnologie ergänzen. Gerade im Bereich AWI zeigt sich auch die Verknüpfung anderer Bereiche. Wir haben den Regionalflugplatz Luneort ausgebaut. Nur durch diesen Ausbau ist es gelungen, die Flugzeuge des Alfred-Wegener-Instituts in Bremerhaven zu stationieren. Sie sehen, dass auch hier eine Verknüpfung erfolgt.
- Meine Damen und Herren, wir haben in Bremerhaven mit Bremer Hilfe ein äußerst kreatives Designlabor auf dieser Achse, und auch das kann eine Ergänzung zu maritimen Technologien sein. Die An siedlung des Fischereiökologischen Instituts ist für Bremerhaven ein Gewinn. Wir nehmen dankbar zur Kenntnis, dass der Senator für Wirtschaft und Häfen hier eine konsequente Integration realisieren will.

- (A) Die Entwicklungsperspektiven des Technologietransferzentrums an der Hochschule Bremerhaven sowie das Gründerzentrum Bio Nord ergeben sich schon aus der Mitteilung des Senats.

Meine Damen und Herren, diese positive Bilanz, insbesondere des Wirtschaftssenators, ist ein Meilenstein in der Entwicklung Bremerhavens. Auch hier müssen wir wie mit der Umgestaltung der Innenstadt, mit dem Ausbau der Häfen, CT IV und mit den Überlegungen und Beschlüssen zur Umsetzung der touristischen Attraktionen im Bereich Alter/Neuer Hafen eine Verknüpfung mit dem Bereich Klimahaus erreichen.

Die Menschen in Bremerhaven müssen mittel- und langfristig Perspektiven für die Zukunft haben. Wenn dies in das Bewusstsein aller eingeht, meine Damen und Herren, wird die negative Diskussion, die oftmals in Bremerhaven zum Standort geführt wird, zunehmend verstummen. – Schönen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Breuer.

- (B) Abg. **Breuer** (SPD) *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nachdem Herr Bödeker pflichtgemäß den Wirtschaftssenator oder seinen Vorgänger gelobt hat, werde ich natürlich pflichtgemäß noch einige andere loben, aber das mache ich vielleicht zum Schluss!

Als wir vor zehn, 15 Jahren über das Thema „Ansiedlung von Unternehmen im Bereich der neuen Technologien in Bremerhaven“ geredet haben, haben nicht nur Buten-Bremerhavener etwas mit dem Kopf geschüttelt, sondern die Bremerhavener auch. Man hat zu diesem Zeitpunkt geglaubt, der Standort Bremerhaven wäre dafür nicht unbedingt prädestiniert und geeignet. Es ist in Bremerhaven auch schwierig, dies umzusetzen. Einen Teil des Strukturwandels, den wir in Bremerhaven eingeleitet haben, wo wir auch schon Erfolge haben, aber wo wir noch lange nicht am Ende sind, sollen die neuen Technologien, das Biotechnologiezentrum und Ähnliches in Bremerhaven leisten. Wenn wir noch einmal an die Zeit denken, als wir das erste Bremerhavener Gründerzentrum an der Stresemannstraße gegründet haben, klein und fein, dann hätten wir damals nicht geglaubt, dass sich dieser Bereich in Bremerhaven langsam und sicher, aber sehr positiv entwickeln wird.

(Beifall bei der SPD)

Es ist gestern im Rahmen des Sanierungsberichts des Senats darüber gesprochen worden, wie schnell sich die Investitionen, die wir als Land, aber auch als

*) Vom Redner nicht überprüft.

Stadt Bremerhaven vor Ort leisten, in zusätzlichen Steuereinnahmen und Arbeitsplätzen widerspiegeln. An einem Zeitraum von zehn bis 15 Jahren sieht man, dass es lange dauert und man einen langen Atem braucht, aber dass sich am Ende Erfolge einstellen und dass man zwischenzeitlich auch nicht zu nervös werden darf.

(C)

Aus dem BRIG heraus haben junge Unternehmer die Frage der Weiterentwicklung dieses Bereichs heftig mit vorangetragen, das darf man dabei nicht vergessen. Wir haben inzwischen in Bremerhaven den T.I.M.E. Port I in der Schifferstraße, und wir entwickeln den T.I.M.E. Port II. Das wäre ohne diese jungen Unternehmer, die aus dem BRIG gekommen sind, zumindest nicht so schnell geschehen, wie wir das jetzt erleben konnten. Von daher ein Dank, wenn ich hier schon Dank abstatten soll, an diese jungen Unternehmer, die sich in Bremerhaven heftig eingemischt haben, die am Standort geblieben sind und überwiegend auch noch ihren Wohnsitz in Bremerhaven haben, was mich besonders freut!

(Beifall bei der SPD)

Der T.I.M.E. Port I in der Schifferstraße wurde mit Mitteln eines Programms der Europäischen Union entwickelt, der so genannten Urban-II-Gemeinschaftsinitiative, die wir in Bremerhaven und für Bremerhaven-Lehe mit dem Flaggschiff T.I.M.E. Port realisieren konnten. Herr Bödeker, ich kann mich noch daran erinnern, dass es in unserer Zusammenarbeit schon schwierig war, wir haben es aber nachher bekommen. Am Anfang war es schon ein bisschen schwierig, Sie davon zu überzeugen, dass wir dieses Projekt in Brüssel anmelden.

(D)

Aber Ende gut, alles gut! Wir haben es dann gemeinsam auf den Weg gebracht, und wir können jetzt sehen, im T.I.M.E. Port I ist inzwischen eine Reihe von Firmen. Etwa 70 Arbeitsplätze sind dort, die Hälfte davon sind neue Arbeitsplätze, die es vorher in Bremerhaven nicht gegeben hat. Ich habe mir von den Zuständigen bei der BIS sagen lassen, die jetzt den T.I.M.E. Port II am Neuen Hafen planen, dass das Interesse von Firmen für diesen Standort so groß ist, dass sie überhaupt keine Sorge haben, dieses Haus auch mit Unternehmen füllen zu können.

Es ist überlegt worden, im T.I.M.E. Port II für den Bereich Medien, Multimedia einen Schwerpunkt zu setzen. Ich habe vor kurzem mit den Zuständigen bei der BIS gesprochen. Sie haben ihre Planung etwas verändert, weil es doch schwierig in Bremerhaven ist, im Medienbereich Firmen zu finden, auch private Firmen zu finden, die davon in Bremerhaven am Ende auch leben können, also ihr Geld verdienen und damit Arbeitsplätze schaffen. Es reicht nämlich nicht aus, dass wir das Hörfunkstudio von Radio Bremen aus dem Columbus-Center in ein neues Gebäude verlagern. Das ist noch ein bisschen zu wenig. Die Planungen gehen jetzt in Richtung T.I.M.E.

- (A) Port III. Man nimmt sich also etwas mehr Zeit, und das begrüße ich sehr, aber man darf dieses Thema nicht aus den Augen verlieren.

Wir haben, darauf hat Herr Bödeker auch schon hingewiesen, an der Hochschule Bremerhaven in den letzten Jahren eine sehr positive Entwicklung gehabt, und eine Perle, die wir in Bremerhaven haben – das nehmen leider Bremerhavener manchmal nicht genügend zur Kenntnis –, ist das Alfred-Wegener-Institut,

(Beifall bei der SPD)

das im Augenblick etwa 500 hochwertige Arbeitsplätze allein in Bremerhaven zur Verfügung stellt.

Wir haben die Weiterentwicklung am Handelshafen, die stärkere Verknüpfung von Hochschule und AWI mit anderen Institutionen in der Stadt, aber auch mit Unternehmen der Stadt, worüber wir immer – seit Jahren – geredet haben. Insbesondere meine Freundin Gerlinde Berk hat immer wieder darauf hingewiesen und hat auch dafür gesorgt, dass ich dieses Thema nicht aus den Augen verliere, also Dank auch an Frau Berk in dem Zusammenhang! Das, was wir gesagt haben, Wissenstransfer von Hochschulen zu anderen Institutionen, aber auch zu Betrieben, ist, so habe ich den Eindruck, in den letzten Jahren besser geworden. Es hängt ja auch immer von Menschen ab, also von denen, die dort arbeiten und sich dieses Themas annehmen. Ich habe stark den Eindruck, insbesondere bei unserer Hochschule, dass sich das in den letzten Jahren sehr positiv entwickelt hat. Das brauchen wir auch!

(B)

(Beifall bei der SPD)

Beim Alfred-Wegener-Institut ist es so, dass nicht nur dieser Bereich von den dort arbeitenden Menschen und auch von der Führungscrew aufgenommen worden ist, sondern dass es sich noch stärker zum Beispiel im Bereich des Tourismus engagiert. Die Idee des Klimahauses, das wir dort in Bremerhaven errichten wollen – ich bin davon überzeugt, dass es eine wirklich sehr attraktive Einrichtung sein wird –, ist in Zusammenarbeit mit dem Alfred-Wegener-Institut entstanden. Ich weiß von der dortigen Leitung, dass sie noch mehr Interesse hätte, sich im Bereich des Tourismus zu engagieren, ein Teil zu werden, also dass sie Menschen in das AWI holen möchte, nicht nur Touristen, auch Bremerhavener, um zeigen zu können, welch gutes Institut wir in Bremerhaven haben und welche interessanten wissenschaftlichen Aktivitäten dort stattfinden. Das begrüße ich sehr, ich unterstütze das, und ich bitte unsere Wirtschaftsförderer in Bremerhaven, das noch ein bisschen mehr in ihren Fokus zu nehmen.

Wir haben vor einiger Zeit das Biotechnologiezentrum im Fischereihafen eröffnen können. Ich bin dort

vor kurzem mit unserem Finanzsenator, der sich gestern übrigens gut geschlagen hat, fand ich,

(C)

(Beifall bei der SPD)

gewesen und habe mit den Menschen, die dort arbeiten, gesprochen. Wir waren doch überrascht, wie schnell sich das dort entwickelt hat. Neben den Mitarbeitern des ttz gibt es dort fünf Firmen, die sich angesiedelt haben, mit 20 Mitarbeitern. Das ist natürlich zunächst einmal eine bescheidene Größe, aber in der Zeit, finde ich, ist es schon ein Erfolg. Es wird erwartet, dass sich bis Ende des Jahres dort drei Unternehmen ansiedeln und zehn weitere Arbeitsplätze geschaffen werden. Perspektivisch wird darauf gehofft, dass in der Umgebung 50 bis 60 weitere Arbeitsplätze bei privaten Unternehmen entstehen werden.

Wir brauchen dort, damit sich das, was sich langsam entwickelt, verstetigt, eine Beratung. Wir müssen dafür sorgen, wenn dort Produkte entwickelt und die Betriebe marktfähig werden, dass sie auch eine Unterstützung bekommen, insbesondere eine Beratung, wie zusätzliches privates Kapital mobilisiert werden kann. Geschieht dies nicht, erleben wir womöglich die Situation, dass die Firmen die Startphase nicht überleben, und das wäre natürlich eine sehr schwierige und schlechte Situation.

Ich möchte noch auf einen anderen Aspekt hinweisen, nämlich den städtebaulichen Aspekt in Bremerhaven. Wir entwickeln diese einzelnen Institutionen, die inhaltlich stärker zusammenarbeiten, aber auch räumlich innerhalb des Stadtgebiets. Am Neuen Hafen entsteht der T.I.M.E. Port II in Verlängerung der Lloydstraße – wo ein neuer Platz entsteht –, und rechts daneben, in Einfassung dieses neuen Platzes, wird dieses neue Gebäude entstehen. Ich sage einmal etwas mahnend in Richtung Bremerhaven an die Verantwortlichen: Auch auf die Architektur ist Wert zu legen! Also bitte! Das, was dort mit dem Call-Center entstanden ist, finde ich, ist architektonisch nicht das Gelbe vom Ei!

(D)

(Beifall bei der SPD)

Ich finde, die Qualität des nächsten Gebäudes sollte doch erheblich besser werden. Wir sind da an einer zentralen Stelle der Stadt, und wir müssen darauf auch großen Wert legen, schließlich haben wir mit dem Alfred-Wegener-Institut, mit der Hochschule, mit dem Schifffahrtsmuseum architektonische Highlights in Bremerhaven, mit denen wir ja sonst nicht so reich gesegnet sind.

Die Hochschule befindet sich im Bereich der so genannten südlichen Innenstadt. Dort wird ein Neubau entstehen. Wir haben das alte Stadtbad leider abreißen müssen, aber wir müssen diese gesamte Zone neu entwickeln. Wir müssen die Hochschule stärker mit der Fußgängerzone und der Innenstadt

(A) verknüpfen. Wir müssen schauen, wie wir die Hochschule und das Morgenstern-Museum, das sich auf der anderen Seite der Geeste befindet, weiter zusammenführen können. Wie können wir dort ein städtebauliches, ein innerstädtisches Highlight entwickeln? Das, finde ich, ist eine wichtige Sache, damit wir die Hochschule noch stärker in das innerstädtische Leben der Stadt Bremerhaven einbinden können. Es ist eine wichtige Aufgabe, die wir uns in den nächsten vier Jahren gemeinsam mit der Stadt Bremerhaven vornehmen müssen.

(Beifall bei der SPD)

Es gibt dann die Weiterentwicklung über den Handelshafen zum Fischereihafen. Wir versuchen jetzt, die Verbindung herzustellen, denn die Bremerhavener glauben, es wäre sehr weit von der Innenstadt bis zum Fischereihafen. Es ist gar nicht so weit. Man kann dort auch zu Fuß hinkommen.

Wenn wir mit dem Handelshafen eine weitere F- und E-Zone, vielleicht noch mit Wohnen am Wasser, entwickeln, denke ich, entsteht eine weitere Verknüpfung zwischen dem Fischereihafen und der Innenstadt, die sich sehr positiv auf die Stadt auswirken wird. Ich glaube, wenn wir das realisieren können, werden die Menschen in der Stadt noch stärker wahrnehmen, dass wir eine positive Entwicklung auch mit diesen kleinen Perlen in Bremerhaven hinbekommen haben, und das verbessert nicht nur nach außen das Image der Stadt.

(B)

Die einzelnen Institutionen, insbesondere die BIS, tummeln sich inzwischen auf vielen wichtigen Messen in Deutschland, aber auch in Europa. Ich denke, das wird den Ruf Bremerhavens nach außen erheblich verbessern. Ich glaube, vor 20 Jahren waren Bremerhavener höchstens einmal auf der „hafa“ in Bremen, aber sonst nirgendwo.

(Abg. Kleen [SPD]: Aber jetzt wiederkommen! Diese Woche!)

Sind wir da nicht mehr?

(Abg. Focke [CDU]: Das war zuletzt vor sechs Jahren, glaube ich! Aber wir sind immer noch da!)

Wir haben die Prioritäten nach außen gut gesetzt, aber wir benötigen dies auch noch stärker nach innen. Wir müssen den Bremerhavenern stärker nach innen verdeutlichen, was im Einzelnen entsteht. Allerdings, finde ich, brauchen wir keine große Werbekampagne mit riesigen Schildern in der Stadt, sondern es ist viel wichtiger, dass die einzelnen Institutionen auf Schulen, auf andere Gruppen zugehen, sie einladen und ihnen zeigen, was dort passiert. Das wird auf Dauer dazu beitragen, dass die Menschen die Institutionen stärker annehmen und auch ein

Stück stolz darauf werden, was in unserer Stadt passiert.

(C)

(Beifall bei der SPD)

Mir haben einige Verantwortliche gesagt, dass es doch ein bisschen lange gedauert hätte, die Entwicklung des Biotechnologiezentrums in Bremen, insbesondere in der Verwaltung, umzusetzen und die Menschen davon zu überzeugen, dass das in Bremerhaven gemacht werden sollte. Es entsteht der Eindruck, dass einzelne Bremerhavener Projekte etwas länger etwas schärfer geprüft werden als Bremer Projekte.

(Unruhe)

Herr Wedler klatscht natürlich pflichtgemäß Beifall. Ich kann nicht genau beurteilen, ob es wirklich so ist. Ich habe überhaupt nichts gegen Prüfungen, ob es wirtschaftlich ist, was wir da machen, denn wir müssen hier vorsichtig mit Steuergeldern umgehen – die große Koalition hat das auch noch einmal entsprechend beschlossen –, aber ich bitte darum, dass bei dieser Prüfung die Bremerhavener Projekte gleichrangig behandelt werden, damit wir in Bremerhaven nicht das Gefühl haben, als ob Bremerhavener Projekte grundsätzlich problematisiert werden würden.

Ich will einmal etwas polemisch sagen: Ich hoffe nicht, dass wir hier in der Verwaltung noch Leute haben, die der Meinung sind, dass wir in Bremerhaven immer noch den Hering totschiessen, Schiffe zusammenbasteln, und im Sommer lässt Henning bloß Segelschiffe auf und ab fahren.

(D)

(Heiterkeit)

Darauf reduziert sich Bremerhaven nicht mehr!

(Abg. Kleen [SPD]: Nicht mehr!)

Ich habe dargestellt, dass wir in Bremerhaven einige wichtige Projekte auf den Weg bringen können. Wir müssen dies hier auch kontinuierlich begleiten und Bremerhaven unterstützen. Das haben wir in der Koalitionsvereinbarung beschlossen. Ich bin mir auch ziemlich sicher, dass die Sozialdemokraten und die CDU uns unterstützen, ich hoffe, dass wir auch die Unterstützung der Grünen haben, damit wir den Strukturwandel in Bremerhaven so positiv fortsetzen können, wie wir das bisher geschafft haben. – Schönen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Wedler.

(A) Abg. **Wedler** (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Noch eine Ergänzung zu dem schönen Beispiel: Die Bremerhavener sind inzwischen auch schon von den Bäumen heruntergestiegen und essen mit Messer und Gabel, das muss man hier auch fairerweise sagen. Wir sind genauso in der heutigen Zeit angekommen wie die Bremer und andere Menschen in diesem Lande.

(Abg. **K l e e n** [SPD]: Es gibt auch schon Bremerhavener mit Handy! – Heiterkeit)

Mit Handy auch, richtig!

Zu der Entwicklung Bremerhavens zu einem maritimen Technologiezentrum, zu der Großen Anfrage der CDU und zur Antwort des Senats! Wenn man das liest, fällt einem eigentlich als Erstes ein, dass Wahlkampf in Bremerhaven ist. Die Verwaltung muss für diesen Wahlkampf arbeiten. Einen Jubelbericht zu verfassen, das ist eigentlich ein Unding, denn eigentlich muss die Verwaltung andere Dinge machen, als hier Beiträge für Wahlkampfaktivitäten der politischen Parteien zu erstellen.

(Abg. **K a s t e n d i e k** [CDU]: Sie haben ein merkwürdiges Verständnis vom Parlamentarismus! Darüber sollten Sie sich noch einmal Gedanken machen!)

(B) Ich habe nichts gegen Kleine und Große Anfragen, die müssen sein, aber sicherlich keine Jubelshows und Jubelveranstaltungen!

(Abg. **K a s t e n d i e k** [CDU]: Zu den Jubelanträgen von Ihnen kommen wir nachher noch einmal!)

Darüber können wir gern nachher noch einmal reden.

Dies ist ja auch nicht einzig, denn kurz vor der Bürgerschaftswahl ist ja Ähnliches ebenfalls schon passiert. Da haben Sie in einer solchen Anfrage nach der Lebensqualität in Bremen und Bremerhaven durch Wirtschafts- und Strukturpolitik gefragt. Darauf wollte ich hinweisen. Das ist eigentlich etwas verdrießlich an der Geschichte, und ich denke, darüber sollte man auch noch einmal nachdenken.

Zu den einzelnen Fragen und zu den erteilten Antworten möchte ich noch Folgendes sagen, die Vorredner haben bereits einiges gesagt: Ich bin der Letzte, der die angestoßenen und auch die tatsächlichen Dinge, die in Bremerhaven entstanden sind und sich entwickeln, hier in Frage stellt. Es kommt natürlich darauf an, dass die Stimmung in Bremerhaven gefördert wird und eben nicht immer nur alles herunter- und miesgeredet wird. Insofern kann ich natürlich dem, was von den Vorrednern hierzu gesagt wurde, im Prinzip zustimmen.

Allerdings gibt es natürlich auch Aktivitäten in Bremerhaven – (C)

(Abg. **K a s t e n d i e k** [CDU]: Was denn jetzt?)

zum Beispiel das, was im südlichen Bereich der südlichen Innenstadt mit dem Horten-Haus und mit dem Kauf des Hotels passiert ist! –, bei denen man sich fragen muss, ob das noch mit unserer Wirtschaftsförderung zu vereinbaren ist. Diese Objekte sind von der öffentlichen Hand übernommen worden, werden voll von der öffentlichen Hand finanziert. Da frage ich mich natürlich, ob die Wirtschaftsförderung an dieser Stelle nicht erheblich zu weit gegangen ist oder ob da nicht doch stärker das private Engagement, die privaten Unternehmer gefordert gewesen wären, aber immerhin! Ich stelle das jetzt nur einmal fest.

(Abg. **B r e u e r** [SPD]: Wo waren denn die Unternehmer? Die waren ja leider nicht da! – Abg. **F o c k e** [CDU]: Die wurden jahrelang gesucht!)

Die waren leider nicht da, sicherlich, vielleicht hatte man auch andere Überlegungen!

(Abg. Frau **B e r k** [SPD]: So ein Schlaumeier!)

(D)

Ein Schwerpunkt für die Entwicklung des Technologiestandortes Bremerhaven soll die Windenergie mit dem Schwerpunkt Offshorewindenergie sein. Hierbei stellt sich für mich nicht nur die Konkurrenzfrage der verschiedenen Standorte, zum Beispiel Cuxhaven, Wilhelmshaven und auch Schleswig-Holstein, sondern die viel grundsätzlichere Frage, wie es mit der Förderung dieser Technik durch den Staat weitergeht. Herr Clement macht inzwischen regelrecht mobil gegen die Subventionsabzocker in diesem Bereich, auch viele Länder und Kommunen überdenken derzeit ihre Unterstützung für diesen Bereich. Wenn Sie nach Niedersachsen schauen, ist da natürlich ein Umdenken im Gange.

Viele Bürger haben zunehmend Zweifel am Sinn der Wirtschaftlichkeit und am Sinn dieser Technik. Zumindest wollen sie die Standorte nicht in ihrer Wohnortnähe haben, denn da gibt es, Sie brauchen nur die Zeitung aufzuschlagen, ständige Diskussionen auch in der Öffentlichkeit und in den kommunalen Parlamenten.

Die Windenergie und auch die Offshoretechnik werden, was ihre Zukunftsfähigkeit beziehungsweise ihre Nachhaltigkeit betrifft, meines Erachtens weit überschätzt. Spätestens dann, wenn die staatliche Förderung mit dem garantierten Strompreis und den Subventionen bei der Errichtung eingeschränkt oder gänzlich abgebaut wird, dürften rein betriebswirt-

(A) schaftliche Kriterien wieder stärkeres Gewicht erlangen. Wie viele der errichteten Anlagen dann noch weiter bestehen können und ob noch neue Anlagen gebaut werden, ich bin da sehr skeptisch!

Wir sollten die Thematik zwar an Bremerhaven binden, eindeutig auch binden, aber insgesamt sehr vorsichtig sein. Insbesondere sollte das Land beziehungsweise die Stadt Bremen alles unterlassen, was Bremerhaven das Wasser abgräbt oder die Alleinstellung im Bundesland nimmt. Die so genannte Energiemeile in Bremen, wenn ich das richtig habe läuten hören, für Unternehmen der Windenergiesparte ist meines Erachtens etwas, was nach Bremerhaven gehört, wenn man dies schon an diesen Standort binden will, und eben nicht nach Bremen.

(Zurufe von der SPD und vom Bündnis 90/
Die Grünen)

An verschiedenen Stellen der Antwort wird auf das Strukturentwicklungskonzept 2020 Bezug genommen. Dieses Konzept, das in der Verwaltung entstanden ist und nicht in der Politik, wird von mir ausdrücklich gelobt, fasst es doch endlich einmal die vielen Einzelplanungen zu einem Ganzen zusammen und projiziert alles auf einen Zeithorizont. Ich glaube, dass dieses Strukturentwicklungskonzept eine gute Handlungsanleitung für die Politik ist.

(B) Die Koalitionsvereinbarung enthält die Aussage, aus dem langfristig angelegten Strukturentwicklungskonzept Maßnahmen für die Legislaturperiode 2003 bis 2007 abzuleiten, wobei solche Maßnahmen zu bevorzugen sind, die die Wirtschafts- und Finanzkraft der Stadt stärken, Arbeitsplätze schaffen, neue Einwohner bringen, die Wirtschaftsstruktur verbessern und in überschaubarer Zeit umsetzungsfähig sind. Alles gut, alles richtig, nur: Wo bleibt die finanzielle Absicherung für diese schönen Überlegungen?

Es gibt in dem Strukturentwicklungspapier und auch in der Koalitionsvereinbarung keinerlei finanzielle Ausstattung, so dass man sich fragen muss, ich will das etwas überspitzt formulieren, ob hier nur Papier beschrieben wurde. Ich würde dem Strukturentwicklungskonzept, das ich sehr gut finde, eigentlich nicht wünschen, dass es nur Papier bleibt. Es sollte tatsächlich die Grundlage für politisches Handeln werden, weil es meines Erachtens eine gute Zusammenfassung der verschiedenen Dinge ist, die in Bremerhaven auf den Weg gebracht werden sollen.

Bei der Antwort auf die Frage vier stellt sich für mich die Frage, warum der Senat immer nur schöne Worte findet, in seinen Handlungen jedoch etwas konfus ist oder etwas völlig anderes tut. Warum werden nicht sämtliche maritimen Aktivitäten, auf die der Senat Einfluss hat, in Bremerhaven konzentriert? Warum wird nicht das gesamte Institut für Seeverkehrswirtschaft und Logistik nach Bremerhaven ver-

lagert? Warum werden immer wieder Konkurrenzaktivitäten in Bremen gefördert, und warum wird das neue DFG-Forschungszentrum Ozeanränder nicht in Bremerhaven eingerichtet? Dies sind nur einige Beispiele, bei denen der Senat anders handelt, als er das hier in dieser Antwort zum Ausdruck bringt. Ich denke, dann sollte man, wenn man den maritimen Standort als politisches Ziel formuliert, solche Punkte auch ehrlicher Weise einbeziehen.

(Glocke)

Präsident Weber: Herr Kollege Wedler, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Frau Berk?

Abg. **Wedler** (FDP): Ja, bitte!

Präsident Weber: Bitte, Frau Kollegin!

Abg. Frau **Berk** (SPD): Lieber Herr Kollege Wedler, nun sind Sie ja noch nicht so lange hier und können es auch nicht wissen: Beim Kompetenzzentrum Ozeanränder hat das Land Bremen den Zuschlag bekommen, weil wir einen Schwerpunkt im Meeresforschungsbereich und im geowissenschaftlichen Bereich haben. Von den 13 Anträgen, die das Ozeanränder-Programm beinhaltet, kommt die Hälfte aus Bremerhaven vom AWI, wir sind also daran beteiligt!

Abg. **Wedler** (FDP): Das habe ich auch im Wissenschaftsplan gelesen, aber gleichwohl kann man natürlich die Frage stellen, warum sich das nicht im Bereich des AWI tatsächlich konzentriert, selbst wenn das AWI da sehr stark beteiligt ist. Ich freue mich ja, dass Bremen den Zuschlag bekommen hat, und ich freue mich natürlich, dass es sich hier am Standort Bremen konzentriert, aber gleichwohl kann man als Bremerhavener innerbremisch natürlich überlegen, warum das dann nicht nach Bremerhaven kommt. Wenn der Senat Bremerhaven schon zu einem maritimen Technologiezentrum entwickeln will, dann soll er das auch hundertprozentig tun und nicht nur halbherzig, wie man dann an solchen gesplitteten Standortüberlegungen, beim ISL zum Beispiel, nachvollziehen kann.

Ein weiterer Punkt, der in der Antwort und in den Fragen dazu immer wieder deutlich wird, ist die Akquisition. Eine Akquisition ist sicherlich unheimlich wichtig für einen Standort, Siegfried Breuer hat ja eben bereits etwas gestottert, als er bestimmte Akquisitionsaktivitäten zuordnen sollte. Das ist tatsächlich ein Schwachpunkt in Bremerhaven, denke ich, mir scheint, die Akquisitionsaktivitäten zerfasern. Das wird auch aus der Antwort deutlich, weil die verschiedenen Einrichtungen offensichtlich für sich argumentieren und versuchen zu werben. Das, denke ich, sollten wir politisch versuchen zu bündeln und zu konzentrieren, und vielleicht sollten wir auch

(C)

(D)

(A) versuchen, insgesamt eine neue Struktur da hinein-zubringen. Dann könnte man möglicherweise auch überlegen, ob das noch die richtige Zuordnung bei der BIS in Bremerhaven hat oder ob man da nicht eine Mixtur, eine Struktur findet, bei der auch die private Wirtschaft, die selbst auch akquiriert, eingebunden wird. Ich denke, da ist noch Handlungsbedarf, zumindest aber Überprüfungsbedarf vorhanden.

An vielen Stellen wird in der Antwort auch auf das AWI verwiesen. Wir sind froh, dass wir dieses Institut in Bremerhaven haben, und wir freuen uns natürlich, wenn dieses Institut auch die bremische Wissenschaftsszene befruchtet. Ich fürchte aber, dass wir das AWI und seine Möglichkeiten überstrapazieren, wenn es zum Beispiel engere Kooperationen mit der bremischen beziehungsweise der Bremerhavener Wirtschaft eingehen soll,

(Abg. G ü n t h n e r [SPD]: Es ist unglaublich!)

eine Forschungs- und Entwicklungszone um das AWI gebastelt werden soll. Das AWI ist, glaube ich, anders zu betrachten als die Universität Bremen oder als die Hochschule Bremerhaven. Bei der Hochschule Bremerhaven hat das Land oder haben wir gewissen Einfluss, da kann man solche Zuordnungen und solche Zusammenarbeiten, Kooperationen auch politisch anregen und fördern.

(B) Beim AWI ist das, denke ich, da es eine bundesweite Forschungseinrichtung ist, möglicherweise äußerst schwierig. Deswegen sollte man dort vorsichtig sein. Ich denke, wir müssen alles vermeiden, was dem AWI schadet. Ich habe, wie gesagt, bei diesen Kooperationsüberlegungen, die sich mit der Wirtschaft und dem AWI verbinden sollen, gewisse Schwierigkeiten. Man sollte auch auf das AWI hören, was von dort möglich ist.

(Abg. B r e u e r [SPD]: Das wird doch nicht angeordnet, Herr Wedler! Das machen sie selbst!)

Zum Schluss, alle Planungen stehen unter einem Finanzvorbehalt. Ich hoffe für Bremerhaven, dass bei dem Gerangel um das Geld der Standort Bremerhaven nicht hinten herunterfallen wird und dass es sich nicht nur um schöne Worte handelt, sondern diesen Worten auch tatsächlich Taten folgen werden.

Noch eine letzte Anmerkung! Zu dem maritimen Begriff gehört für mein Verständnis natürlich auch alles, was sich um die Häfen organisiert und kristallisiert, natürlich auch alles, was sich um Fischverarbeitung und solche Dinge im Fischereihafen kristallisiert. Das muss man auch im Auge behalten, denn auch hier ergeben und zeigen sich technologische Entwicklungen, die wir dann nach Möglichkeit auf Bremerhaven orientieren und festzurren sollten.

(C) Auch im Werftenbereich, wo wir eigentlich nur noch Restbestände haben, müssen wir ein hohes Interesse haben, diesen technologischen Impuls, der sich damit verbindet, für Bremerhaven festzuzurren. Ich denke, das sollte auch Bestandteil unser aller Überlegung sein.

Ein Allerletztes noch, das hatte ich gestern schon gesagt! Die Kronzeugen dafür, dass Bremerhaven bei der innerbremischen Sanierungspolitik möglicherweise etwas zu kurz gekommen ist, finden Sie bei Professor Hickel, der das kürzlich bei einer Veranstaltung, die öffentlich war, festgestellt hat, das können Sie auch in der Presse nachlesen, oder in dem Interview gestern unseres Finanzsenators, der ähnliche Überlegungen geäußert hat. Das heißt also, wir müssen in der Zukunft, in den nächsten Jahren überlegen, ob wir nicht die Sanierungsinvestitionen und die Sanierungspolitik für Bremerhaven verstärken. Damit möchte ich schließen. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit!

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Tittmann.

(D) Abg. **Tittmann** (DVU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Man hat in Bremen eigentlich noch gar nicht gemerkt, dass in Bremerhaven der Kommunalwahlkampf in seine heiße Phase eingetreten ist. Diese Große Anfrage macht es aber wirklich überdeutlich. Sie zeigt aber auch, dass man mit Lobhudeleien versucht, die Arbeit des Senats in ein besseres Licht zu stellen. Sie versuchen, den Eindruck zu erwecken, Bremerhaven ist auf einem guten Weg zum maritimen Technologiezentrum. Über den SPD-Werbeslogan „Bremerhaven blüht auf!“ und Oberbürgermeister Schulz, den großen Bremerhavener Wirtschafts- und Stadtsanierer, meine Damen und Herren, lachen sogar die eigenen Genossen.

Ich gehe auf einige Beispiele ein: Windenergie mit dem Schwerpunkt Offshorewindenergie! Die Wahrheit ist doch folgende: Jede mittelgroße Stadt an der Nordseeküste versucht, auf diesem Gebiet Fuß zu fassen. Zudem kommt die Problematik von Windkraftanlagen auf dem offenen Meer in Bezug auf Umweltverträglichkeit und Auswirkung auf die Schifffahrt hinzu, hier insbesondere auf die Fischerei. Meine Damen und Herren, blaue Biologietechnik, der Schwerpunkt der Arbeit, der vermehrte Einsatz von Omegafettsäuren, ist nicht gelungen. Auf der Expo ist am Bremerhavener Tag diese Maßnahme vorgestellt worden, und wir sind heute, 2003, immer noch keinen Schritt weiter. Auch das Geschwafel von modernen Technologien als Standort am seeschifftiefen Wasser ist doch eine Luftblase.

Meine Damen und Herren, einzig und allein das Alfred-Wegener-Institut ist als wissenschaftliche Forschungseinrichtung für Bremerhaven von elementarer Bedeutung. Auch die Ansiedlung der Biologischen Anstalt Helgoland in Bremerhaven ist ein

(A) wichtiger und richtiger Schritt zur Stärkung der Forschung in Bremerhaven. Das teile ich als Mitglied der Deutschen Volkunion uneingeschränkt. Aber wir alle in diesem Hause wissen doch, dass diese Verlagerung nicht der Verdienst des Senats ist, sondern eines ehemaligen Staatssekretärs, der aus Bremen kommt.

(Abg. Frau B e r k [SPD]: Stimmt nicht!)

Meine Damen und Herren, anstatt sich hier mit überflüssigen Anfragen zu beschäftigen, sollte man wirklich effektiv überlegen, wie man die wirklichen maritimen Bereiche der Stadt Bremerhaven viel mehr und effektiver stärken kann. Diese Bereiche sind unsere beiden Werften in Bremerhaven. Das sollte von Ihnen niemals vergessen werden, bevor Sie auch noch unsere letzte Werft völlig ruinieren. Hier müssen durch Investitionen Arbeitsplätze langfristig gesichert werden, hier müssen Investitionen zu optimaler Produktionsverbesserung geschaffen werden. Nur wenn das gelingt, die Produktionskosten auf den Werften senken, dann werden wir auch wieder konkurrenzfähig. Nur damit sichern wir langfristig Arbeitsplätze auf den Werften und bei den mittelständischen Zuliefererfirmen in Bremerhaven.

(B) Sie sehen, meine Damen und Herren, anstatt hier eine Anfrage einzubringen, Entwicklung Bremerhavens zu einem maritimen Technologiezentrum, sollten Sie aber auch schnellstens dringende Maßnahmen ergreifen und vor allem umsetzen, wie man die letzten noch verbliebenen Arbeitsplätze auf den von Ihnen völlig ruinierten Werften in Bremerhaven langfristig erhalten und retten kann. Das wäre wirklich sinnvoller und zweckmäßiger, als eine von Ihnen sich selbst beweihräuchernde und nutzlose Große Anfrage einzubringen.

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Lehmann.

Abg. **Lehmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auf die Ergüsse meines Vorredners möchte ich hier nicht weiter eingehen.

Wind und Wasser, das sind die Ressourcen der Zukunft, und sie sind in Bremerhaven ganz nah beieinander. Nah beieinander können auch die Technologien für Wind und Wasser in Bremerhaven entstehen. Vieles steht und entstand bereits, was den Technologiestandort Bremerhaven maritim machen soll. Vieles, was Sie angefasst haben, war richtig, das muss man hier als Opposition auch zugeben, doch nicht alles war ein Glücksgriff, aber darauf komme ich später zu sprechen, und an manches haben Sie sich noch nicht herangetraut.

Begrüßenswert finden wir die Entwicklung Bremerhavens zum Offshorewindenergiestandort, plus Bio Nord, plus Fischereiökologisches Institut mit sei-

nen Aquakulturentwicklungen und so weiter. So hielten wir Grünen schon immer an einer nachhaltigen Energieerzeugung fest, da wir hin müssen zu einer dezentralen nachhaltigen Produktion von Energie und weg von zentral produziertem gefährlichen Atomstrom. Der Atomausstieg ist daher auch von der Bundesregierung beschlossene Sache.

(C)

Ein Institut, das wie das Fischereiökologische Institut die Umweltverträglichkeit des Fischfangs untersucht und dabei ebenfalls auf Nachhaltigkeit setzt, ist zu begrüßen. Der Fischfang wird sonst in nicht allzu langer Zukunft in Schwierigkeiten geraten, da manche Fischarten schon jetzt überfischt worden sind. Fisch will weiterhin gegessen werden, und dann macht es Sinn, den Fischbestand für die Zukunft zu regenerieren und zu erhalten.

Für blaue Biotechnologie und Lebensmitteltechnologie sehen auch wir in Bremerhaven Chancen entstehen, gerade durch den gegenseitigen Austausch zwischen der Hochschule mit ihren gut ausgebildeten Studentinnen und Studenten, dem Kompetenzzentrum Bio Nord, dem BILB und dem BIBIS.

Wir hätten gern als grüne Bürgerschaftsfraktion, dass nun die Offshorewindkraft speziell in Bremerhaven vorangetrieben wird. Dies bedeutet schon einen Kraftakt, aber Vorbereitungen finden bereits auf der Luneplate im Süden der Stadt statt. Die Entwicklung der Windenergienutzung wird vor allem von der Weiterentwicklung des erfolgreichen EEG, des Erneuerbare-Energien-Gesetzes, abhängen. Damit ein Offshorepool entsteht, von dem Bremerhaven dann wieder profitieren kann, ist eine Novellierung des EEG vom Bund nötig. Die nötigen Anpassungen hat die rotgrüne Bundesregierung mit der Anpassung des EEG bereits in Angriff genommen.

(D)

Ich appelliere nun an Sie, Herr Eckhoff – leider sind Sie hier heute nicht anwesend –, dass Sie sich als offizieller Windkraftbefürworter auch im Senat für eine solche Novelle stark machen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir begrüßen es außerordentlich, dass Sie sich als einzelner Streiter in Ihrer Partei für die Windkraft einsetzen. Ihre Fraktion sollte eben nur auch hinter Ihnen stehen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Eine Einigung zu einem Antrag scheiterte bisher an der CDU-Fraktion.

(Abg. K a s t e n d i e k [CDU]: Was für ein Antrag? Ich kenne keinen! – Abg. Frau H o c h [Bündnis 90/Die Grünen]: Eben, es gibt auch keinen! – Abg. K a s t e n d i e k [CDU]: Ein Geheimantrag!)

(A) Wir hoffen nun, von der SPD aus Berlin keinen Gegenwind mehr zu bekommen. Die Zusammenarbeit mit Niedersachsen ist häufig verbesserungswürdig. Im Bereich der Ausbildung für Windanlagen-technologie kooperiert Bremen mit dem Land Niedersachsen, da man anscheinend erkannt hat, dass dies Synergieeffekte nach sich zieht. Hört, hört! Um den für Offshorewindenergie überaus attraktiven Standort Bremerhaven besser bekannt zu machen, kann ich mir hier durchaus eine regelmäßig stattfindende groß angelegte Messe zum Thema vorstellen, und das nicht nur in Husum, sondern eben auch in Bremerhaven.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Als Unternehmensnetzwerk für Firmen aus dem Nordwesten funktioniert die Windenergieagentur Bremerhaven/Bremen bereits sehr gut. Die Schifffahrt zählt auch zu maritimen Technologien, und auch hier sind Entwicklungspotentiale vorhanden, vorbildlich in Richtung Nachhaltigkeit zielend. Als Beispiel sei hier die Bredow Werft mit ihrem umweltfreundlichen Dock, das TBT-freie Schiffsanstriche ermöglicht, erwähnt. Projekte dieser Art gilt es im Lande Bremen vermehrt zu fördern, da sie als Exportschlager gelten und weniger Umweltbelastungen bedeuten, bekanntlich die Lebensqualität steigern und damit den Standortfaktor Bremerhaven nachhaltig stärken.

(B) Insgesamt können durch Forschung an Schiffsmotoren Energiesparmaßnahmen und Emissionsminderungen vorangetrieben werden. Schiffsmotoren bieten noch ein großes Schadstoffsparpotential. Warum sollte solch eine Forschungsstelle nicht auch in Bremerhaven entstehen? Um übergreifende Fachgebiete an Hochschulen im Lande Bremen zu verzahnen und Forschung und Wirtschaft in beiden Städten zu vernetzen, sind beide Städte auch in diesem Bereich näher zusammenzurücken. Wir alle wissen, dass in Bremerhaven der Logistikbereich noch ausgebaut werden kann, um damit in Bremerhaven die momentan niedrige Lokoquote zu erhöhen und um mehr Wertschöpfung vom Hafen in die Stadt zu holen. Dies bedeutet mehr Arbeitsplätze ohne einen Hafenneubau CT IV.

Die meisten Container haben im seltensten Fall Bremerhaven als Zielort, so dass Bremerhavener Arbeitsplätze fast nur am Umschlag der Container beteiligt sind und nicht an der Weiterverarbeitung der transportierten Güter. Die Stadt Bremen galt lange als Schwerpunkt in der Technologieansiedlung im Lande Bremen, nun ist auch endlich Bremerhaven an der Reihe. Der Strukturwandel von der Werftindustrie hin zum modernen Technologiestandort muss geschafft werden, und dafür gilt es nun, die Weichen zu stellen, eben hin zu Offshorewindtechnologie, hin zu blauer Biotechnologie und hin zu mehr Logistik für Hafen und Windkraft!

Eines, das muss man Ihnen vorhalten, haben Sie vollkommen aus dem Blick verloren, nämlich den Standort Bremerhaven zur dauerhaften Ansiedlung von Existenzgründern und qualifiziertem Personal zu nutzen. Die Hochschule Bremerhaven bildet mit ihren Absolventen ein optimales Existenzgründungskapital. Es kommt nun darauf an, erst einmal Bremerhavener Studentinnen und Studenten nach ihrem Studienabschluss als Ideengeber in Bremerhaven zu halten oder sie als Existenzgründer nach ihrem Fortgang wieder in die Stadt zu bekommen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Gerade auch hierfür sind so genannte weiche Standortfaktoren wie eine gute Bahnanbindung Bremerhavens an das restliche Fernverkehrsnetz der Bahn, attraktive Schulen und Kindergärten sowie eine belebte Kultur- und Freizeitanlage notwendig. Durch gut ausgebaute weiche Standortfaktoren kann sich Bremerhaven trotz sinkender Einwohnerzahl überregional einen guten Namen machen. Ein guter Ruf ist eben oft die beste Werbung.

In diesem Zusammenhang sei abschließend mit der Genehmigung des Präsidenten ein Zitat aus einem Artikel der aktuellen Zeitung „Das Parlament“ erwähnt, das sich dem Schwerpunkt schrumpfende Städte zuwendet: „Schrumpfende Städte machen deutlich, wie wichtig weiche Faktoren für eine Stadtentwicklung sind.“ – Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Breuer.

Abg. **Breuer** (SPD *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte noch ein paar Worte zu Herrn Wedler sagen, weil mich eine solche Rede als Bremerhavener ärgert, wenn ich so etwas höre. Nachdem Sie sich gestern hier schon in Ihrer beeindruckenden Rede zum Sanierungsplan hingestellt und gesagt haben, eigentlich müssten wir viel mehr sparen, ohne zu sagen, wo Sie eventuell Prioritäten setzen würden, was mich wirklich stört, beklagen Sie sich heute darüber, dass so wenig funktioniert und dass eigentlich noch mehr nach Bremerhaven müsste, insbesondere zum Beispiel im Bereich der Windenergie. Darauf bin ich in meiner Rede nicht noch eingegangen.

Auf der einen Seite sagen Sie hier: Vorsicht mit der Windenergie! Die wird subventioniert, und wenn die Subventionen abgebaut werden, dann sehen Sie da wenig Perspektive, dass wir da, wenn wir uns darauf konzentrieren, neue Arbeitsplätze schaffen können. Anschließend beklagen Sie sich aber, dass auch irgendwie in Bremen etwas stattfindet. Das soll

*) Vom Redner nicht überprüft.

(C)

(D)

- (A) dann wieder nach Bremerhaven, obwohl Sie eigentlich von der ganzen Geschichte nichts halten. Das widerspricht sich! Ich finde, gerade in dem Bereich kann man auch sehen, wie gut es auch für unsere Stadt ist, wenn man eine vernünftige Zusammenarbeit organisiert.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Die Windagentur, die auch von der BIS in Bremerhaven mit ins Leben gerufen worden ist, versucht, das gemeinsam zu organisieren. Es kann durchaus sein, dass wir zum Beispiel am Standort Bremen-Stadt einige Vorteile haben, einige Firmen haben, einige Köpfe haben, die hier etwas machen wollen und die sagen, ich will das aber in Bremen-Nord, in Mahndorf oder wo auch immer machen. Wenn wir dann zu denen sagen, geh doch lieber nach Bremerhaven, dann sagen sie, dahin gehe ich nicht, dann sagen wir, gut, dann machst du eben gar nichts, denn du darfst das nur in Bremerhaven machen. Das ist doch Unsinn!

(Beifall bei der SPD)

Das müsste doch eigentlich auch Ihrem liberalen Verständnis widersprechen, von dem Sie hier geredet haben.

- (B) Ich glaube schon, dass es wichtig ist, dass wir weiter auf den Windenergiebereich setzen. Ich denke, Senator Eckhoff und ich hoffen gemeinsam, dass sich Minister Trittin in dieser Frage in der Bundesregierung durchsetzt und nicht mein Parteikollege Clement.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Natürlich muss man perspektivisch auch bei der Windenergie darüber nachdenken, dass wir nicht in den nächsten zehn, 20 Jahren in der augenblicklichen Höhe subventionieren können. Man muss vorsichtige Schritte machen, damit sie ohne Subventionen marktfähig wird. Das wäre das Optimale. Man darf aber natürlich keinen Bruch erzeugen. Man kann doch nicht auf der einen Seite sagen, und ich denke, das wird am Ende auch nicht in der Bundesregierung beschlossen werden, wir wollen aus wichtigen Gründen, nicht nur aus wirtschaftlichen Gründen, die Windenergie fördern. Das machen wir dann einige Jahre. Jetzt entwickelt sich der Bereich sowohl für die Energiegewinnung als auch für die Arbeitsplätze sehr positiv, und dann sagen wir, weil wir gerade ein paar finanzielle Probleme haben, Ende der Veranstaltung. Ich denke, das wird auch nicht passieren.

Wir werden also sicher in Bremerhaven weiter darauf setzen, denn es ist ja gute Arbeit geleistet wor-

den, auch von der BIS. Ich bin völlig dagegen, dass Sie die Wirtschaftsförderung oder die Akquisition ansprechen und sagen, irgendwie reden da so viele mit, und im zweiten Satz sagen Sie, ob das die BIS noch allein machen sollte, da hätten Sie Ihre Zweifel. Ich bin sehr dafür, dass wir das bei der BIS konzentrieren, denn die Kolleginnen und Kollegen, die dort arbeiten, haben gerade im Bereich der Windenergie eine ganz hervorragende Arbeit geleistet.

(Beifall bei der SPD)

Sie sind ganz frühzeitig angefangen, haben sich hier eingebracht. Wir haben in Luneort ein Gewerbegebiet ausgewiesen. Wir bereiten das vor, das ist sehr detailliert geplant. Es gibt Gespräche mit Firmen, wir haben Standorte, wo Erprobungen stattfinden können, auch da findet schon etwas statt, wir haben Interessenten in der Stadt. Hier haben wir die Chance, wenn sich diese Industrie weiter so positiv entwickelt, dass in Bremerhaven schneller mehr Arbeitsplätze entstehen als in einigen Bereichen, über die wir vorher geredet haben. Das wird von den Wirtschaftsförderern auch so gesehen. Deswegen sollten wir uns hüten, das im Land Bremen mies zu machen. Wir sollten sagen, das machen wir in beiden Städten gemeinsam, so können wir in beiden Städten davon profitieren.

Ich wäre auch dafür, dass wir gemeinsam versuchen, das mit dem Landkreis bis nach Cuxhaven zu organisieren. Ich habe heute in der „Nordsee-Zeitung“ lesen können, dass wir eine Regionalkonferenz hatten, auf der sich Magistratsmitglieder, Bürgermeister, Landräte und so weiter zusammengesetzt und sich lobenswert geäußert haben, wie sie künftig zusammenarbeiten wollen. Herr Dr. Höpner, der Oberkreisdirektor, wurde mit den Worten, glaube ich, zitiert, dass die Veranstaltung vor Gemeinsamkeit triefte. Ich bin, was den Landkreis angeht, das will ich hier offen sagen, allerdings ein bisschen skeptischer als bei einer Zusammenarbeit zwischen unseren beiden Städten im Bundesland. Wir haben mit Herrn Dr. Höpner vor noch nicht allzu langer Zeit versucht, eine gemeinsame Strategie im Gesundheitswesen zu verabreden. Das hat nicht funktioniert, weil Herr Dr. Höpner seine eigenen Interessen von Anfang bis Ende verfolgt hat, und er hat das dann platzen lassen.

Ich setze darauf, Herr Dr. Höpner ist nicht mehr so lange im Amt, wer dann auch immer der Neue wird, dass das dann vielleicht besser wird als bisher.

(Beifall bei der SPD)

Letzter Punkt! Herr Wedler, da haben Sie sich wieder als klassischer Liberaler präsentiert. Ich sage zu Naber und Horten, den beiden Gebäuden in der Bremerhavener Innenstadt: Glauben Sie denn, dass wir als große Koalition Spaß daran hatten, uns am Ende

(C)

(D)

- (A) Gedanken machen zu müssen und staatliches Geld einzusetzen, damit dieses leer stehende Kaufhaus endlich wieder mit Leben gefüllt wird oder damit ein Hotel in zentraler Lage, das nicht mehr wirtschaftlich zu betreiben war, erhalten bleibt? Glauben Sie, dass wir Spaß daran hatten, uns darüber Gedanken machen zu müssen, wie wir verhindern, dass das an diesen beiden wichtigen Stellen in der Stadt zusammenbricht?

Wenn wir das gemacht hätten, was Sie uns vorgeschlagen haben, dann würde das Gebäude Horten weiter leer stehen, Naber wäre pleite, alle Arbeitnehmer wären arbeitslos, sie hätten sich inzwischen beim Arbeitsamt in die lange Schlange eingereiht, und es würde nichts passieren, denn Horten gehört einem Privaten. Dieser Private hat kein Interesse daran gehabt, dieses Gebäude wieder zu füllen. Er hat nur ein einziges Interesse, dass er nämlich irgendwann jemanden findet, der ihm dieses Gebäude abkauft, und er hätte es noch fünf Jahre leer stehen lassen. In ganz schwierigen Verhandlungen – dann allerdings auch mit Privaten – ist es gelungen, diese Operation zu machen, die dazu führen wird, dass wir an der Stelle wieder Leben in die Innenstadt bekommen. Ich denke, das war es wert.

(Beifall bei der SPD)

- (B) Bei dem Hotel Naber, es heißt jetzt Nordseehotel, haben wir die Situation, dass das Hotel nicht leer steht, es wird von einem Privaten weiterbetrieben. Von den 35 Beschäftigten, das weiß ich ziemlich genau, haben inzwischen 22 einen neuen Job, entweder arbeiten sie an der Stelle, wo sie bisher auch gearbeitet haben, oder sie haben eine andere Arbeitsstelle gefunden, ohne dass sie arbeitslos geworden sind. Ich finde, das ist eine gute Sache, die wir, CDU und SPD, am Ende in Bremerhaven gemacht haben. Ich wehre mich dagegen, dass Sie das hier einfach so niedermachen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der SPD)

Frau Busch hat mich da extra beauftragt. Das finde ich auch, das habe ich auch noch gern!

Sie müssen uns hier nicht belehren, dass wir das AWI nicht in Gefahr bringen dürfen. Das weise ich hier zurück, Herr Wedler! Wir haben uns immer für das Alfred-Wegener-Institut und auch für die Hochschule eingesetzt.

(Abg. Frau B u s c h [SPD]: Richtig!)

Wir haben Anregungen gegeben. Wir haben Möglichkeiten aufgezeigt, wie man diese beiden Institutionen noch stärker mit der Bremerhavener Wirtschaft, mit Bremerhavener Unternehmen oder mit anderen Bereichen verbinden kann. Ich habe gesagt, im Bereich Tourismus hat sich das AWI eingebracht.

Das ordnen wir hier doch nicht an, Herr Wedler! Wir geben vielleicht Anregungen, aber am Ende machen die Institutionen das selbst. Ich bin darüber sehr froh, dass die Leitung der Hochschule und Professoren der Hochschule noch stärker als bisher versuchen, mit Bremerhavener Unternehmen zusammenzuarbeiten. Das führt am Ende dazu, dass in Bremerhaven neue Arbeitsplätze entstehen.

(Beifall bei der SPD)

Ich bin sehr froh darüber, dass die Leitung des Alfred-Wegener-Instituts entschieden hat, wir wollen in dieser Stadt stärker präsent sein, wir wollen mit unserem Know-how in diese Stadt positiv hineinstrahlen. Das haben wir doch nicht angeordnet! Hören Sie also mit dem Unsinn auf, diese Mär zu verbreiten, wir würden diese beiden Institutionen in irgendeiner Form in Gefahr bringen!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Bödeker.

Abg. **Bödeker** (CDU): Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Sehr geehrter Herr Kollege Wedler, was Sie hier von sich gegeben haben, war in vielen Teilen ein starkes Stück!

(Beifall bei der CDU)

Ich habe das Gefühl, acht Jahre nicht im Parlament vertreten gewesen zu sein, Sie versuchen, hier in zwei Bürgerschaftssitzungen die Oppositionsarbeit von acht Jahren aufzuarbeiten!

Meine Damen und Herren, die Aufgabe des Parlaments ist nicht nur, Gesetze zu erlassen, Beschlüsse zu fassen, sondern auch aufzuzeigen, was geleistet worden ist. Ich denke, es ist ein äußerst unfairer Akt, den haben Sie absichtlich gemacht, wenn Sie das, was geleistet worden ist, weglassen und dann fordern, dass für Bremerhaven mehr geleistet werden muss. Ihre Aussage, die Kollege Breuer gerade aufgegriffen hat, wir gefährdeten das AWI, ist wirklich ein starkes Stück und schlägt dem Fass den Boden aus.

Wir haben die Zusammenarbeit zwischen AWI und Hochschule forciert, wir haben die Gründung des ttz aktiv mit unterstützt und damit die Institute ermöglicht, die mit der privaten Wirtschaft zusammenarbeiten. Ich denke, es ist ein wesentlicher Schritt im Bereich von Forschung und Wissenschaft, den wir geleistet haben. Dadurch ist die Hochschule ja so stark geworden, und auch dadurch hat das AWI so großes Interesse an einer engen Zusammenarbeit.

Ich denke, Ihre Rede hat gezeigt, dass bei solchen Reden die Diskussion immer weiter gehen wird, wie

(C)

(D)

- (A) Bremerhaven von Bremen versorgt oder benachteiligt wird. Das ist nicht der Fall! Diese Bilanz zeigt eindeutig auf, wie Bremen für Bremerhaven arbeitet und welche Zukunftschancen wir in Bremerhaven haben. Ich denke, das ist ein wesentlicher und wichtiger Punkt.

(Beifall bei der CDU)

Die Frage der Akquisition haben wir hervorragend gelöst. Dass Sie auch in der Stadtverordnetenversammlung nicht vertreten sind, ist nicht unser Problem, das ist Ihr Problem. Dementsprechend haben wir die Wirtschaftsförderung komplett neu geordnet, wir haben die BIS gegründet, haben alles gebündelt, und ich denke, dass dort nach anfänglichen Schwierigkeiten, das muss man zugeben, jetzt eine hervorragende Arbeit geleistet wird. Ich denke, das ist ein Verdienst der großen Koalition in Bremerhaven.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Güldner?

Abg. **Bödeker** (CDU): Ja, bitte!

Präsident Weber: Bitte, Herr Dr. Güldner!

- (B) Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Abgeordneter Bödeker, glauben Sie eigentlich an Wunderheilungen? Wenn es so ist, wie Sie und auch Ihr Vorredner hier schildern, dass durch die große Koalition in Bremen und Bremerhaven alles so wunderbar ist, wie erklären Sie sich dann, dass Bremerhaven schrumpft, die höchste Sozialhilfeempfängerdichte und die höchste Arbeitslosigkeit in Westdeutschland hat?

Abg. **Bödeker** (CDU): Herr Dr. Güldner, ich denke, das muss man anders sehen! Die Frage ist, was wir im wirtschaftlichen Bereich gemacht haben. Wir haben erhebliche Arbeitsplätze geschaffen, Umbau der Innenstadt und andere Maßnahmen. Das ist ein Erfolg! Die Frage, die sich stellt, ist die nach den Begleitumständen, die zum Beispiel aus Berlin kommen. Sie sind nicht hilfreich für einen Arbeitsplatzaufbau in Bremerhaven und in Bremen. Das müssen Sie auch einmal so sehen!

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wir kommen zu einem Konflikt, der ganz spannend ist. Auf der einen Seite sagt Herr Wedler, hinaus aus der Windenergie, insbesondere Offshorewindenergie, und auf der anderen Seite sagt Herr Lehmann, da müssen die regierenden Parteien viel mehr machen, und dazwischen sitzen wir. Ich denke, wir machen genug! Wer uns

absprechen will, dass wir für den Bereich Windenergie etwas tun, macht eine falsche Aussage. Gerade wir sind ja dabei, für die Standorte zu werben. Genau das ist wichtig. Ich habe es vorhin in meinem Redebeitrag schon gesagt, wenn wir in dem Bereich nach vorn kommen wollen, dann müssen wir anpassen, denn es gibt viele Mitbewerber. Insofern glaube ich, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Ich denke, dass wir das auch in aller Ruhe machen können.

Eine weitere Aussage – Kollege Breuer hat das schon angesprochen –, ärgert mich fürchterlich, das ist Ihre Aussage zur südlichen Innenstadt. Sie und Ihre Mitbewerber für die Wahl zur Stadtverordnetenversammlung haben in Ihren Programmen bei öffentlichen Veranstaltungen in Bremerhaven gefordert, bei der südlichen Innenstadt muss endlich etwas gemacht werden. Dann machen wir etwas, wir handeln, und dann werfen Sie uns das vor. Das mag ja so sein. Natürlich ist es uns nicht leicht gefallen, solche Entscheidungen zu treffen, aber bei Horten hatten wir gar keine andere Wahl, wenn wir nicht den Bereich der südlichen Innenstadt vollkommen brach liegen lassen wollen, nachdem wir mit Bremer Hilfe die Innenstadt in Bremerhaven vollkommen saniert haben.

Bei Horten und Naber, das hat der Kollege Breuer schon angesprochen, ging es nicht nur um das Gebäude, es ging um die Absicherung von Arbeitsplätzen. Da haben wir sofort gehandelt, und ich denke, das war richtig, das kann man vertreten, und das ist verantwortungsvolle Politik. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort Herr Bürgermeister Perschau.

Bürgermeister Perschau: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich denke, das war zumindest in den Beiträgen der großen Koalition eine selbstbewusste Debatte über Bremerhaven.

(Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Selbstbeweihräucherung!)

Geschenkt! Das Problem, weshalb wir auch diese Debatten führen müssen, besteht doch darin, dass Bremerhaven im Strukturwandel ein gutes Stück zurück hängt und auch noch stärker hinkt. Herr Güldner, glauben Sie denn, dass die Probleme, die Bremerhaven hatte, mit solchen Fragen beiseite geräumt sind? Sind sie nicht!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Die Frage ist: Wie kommt man aus den Problemen heraus? Wir haben natürlich in der Technologieentwicklung, im Strukturwandel, bei der Innova-

(C)

(D)

(A) tion, im Tempo und in der Entwicklungsdynamik in Bremerhaven gemeinsam auf die Tube gedrückt, so dass wir die Monostrukturen, die sich insbesondere im Werftenbereich, im Stahlbereich entwickelt haben, mit immer neuen Ansätzen diversifizieren. Nun kommen die ersten Früchte, und dann wollen Sie die gleich madig reden. Das macht keinen Sinn!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Meine Damen und Herren, das Land investiert zurzeit 25 Prozent des Investitionsvolumens in Bremerhaven bei einem Bevölkerungsanteil von 18 Prozent. Da mag der eine sagen, das ist zu wenig, die anderen sagen, wo bleibt die Verteilungsgerechtigkeit zwischen den Standorten. Ich glaube, 25 Prozent sind nötig, sind richtig und müssen auch sein, wenn wir Bremerhaven in eine Position bringen wollen, dass es Aufholtempo, auch gegenüber Bremen, entwickeln kann und damit es natürlich auch Chancenreichtum bekommt.

Wir haben mehrfach darüber diskutiert, dass für die Sanierung Bremens Bremerhaven eine Schlüsselfrage ist und dass die Sanierung unseres Bundeslandes vor allem daran hängt, Bremerhaven, gerade was die Arbeitslosigkeit angeht, besser aufzustellen, das heißt, den Arbeitsmarkt neu und differenzierter zu organisieren. Nun ist es sicherlich so – das ist auch eine Debatte, die wir in Bremen führen –, es geht nicht nur darum, dass es sozusagen additiv immer neue Arbeitsplätze gibt, sondern Wettbewerb führt dazu, dass im Regelfall große Teile der Arbeitsplätze wegbrechen und man immer wieder neue schaffen muss.

Wir haben gestern in der Fragestunde die Debatte über Insolvenzen und Gründungen geführt. Es gibt heute nur ganz wenige Länder, die in der Frage des Wegbrechens der Arbeitsplätze und der Zahl der Gründungen eine positive Bilanz haben. Fast alle haben eine negative Bilanz. Deshalb nützt uns natürlich die Schlaumeierei nichts. Wir müssen in diesem Innovationstempo weitergehen, und deshalb geht es in der Tat um den Technologiestandort Bremerhaven, und hier ist einiges sehr Erfreuliches geschehen, Gott sei Dank! Deshalb hat das AWI natürlich auch eine zentrale Rolle, und, Herr Breuer, es sind nicht nur 500 Arbeitsplätze, es sind sogar 700!

(Beifall bei der CDU – Abg. Frau Berk [SPD]: Aber die sind nicht in Bremerhaven, Herr Senator! Die sind in Potsdam und woanders!)

Nein, nicht nur! Es sind schon deutlich mehr als 500!

(Abg. Breuer [SPD]: Ich habe nichts dagegen, wenn es mehr sind!)

Es ist natürlich so, dass das AWI ein Kernstück der technologischen Entwicklung ist. Bei den Technologieschwerpunkten ist hier viel zur Windenergie gesagt worden, lassen Sie mich das auch in aller Deutlichkeit sagen! Es hat eine lange Debatte darüber gegeben, ob man Windenergie im Einspeisungsgesetz subventionieren soll oder nicht. Diese Debatte ist geführt worden, und man hat sich mit Mehrheit dafür entschieden. Dann haben sich viele Firmen auf den Weg gemacht, aus diesem Angebot Firmen zu gründen, Arbeitsplätze zu schaffen, zu investieren und sich hoch zu verschulden.

Der Kreditrahmen, den heute die Kreditwirtschaft im Bereich der Windenergie hat, liegt allein in Bremen im oberen dreistelligen Millionenbereich. Weil das so ist, brauchen wir natürlich bei uns, wenn wir einen solchen Schwerpunkt haben, auch eine Planungssicherheit, und diese Planungssicherheit muss die Bundesregierung gewähren. Bei solchen Produktentwicklungen, die ja eine lange Lebensdauer haben und auch darauf setzen müssen, dass sie langfristig erfolgreich betrieben werden können, kann man nicht hin und her springen und sagen, wir waren eigentlich einmal dafür, und jetzt sind wir dagegen. Dann fallen natürlich die ganzen Investitionen in sich zusammen, und das macht keinen Sinn.

Präsident Weber: Herr Bürgermeister, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Bürgermeister Perschau: Bitte!

Präsident Weber: Bitte, Frau Dr. Mathes!

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Perschau, würden Sie mir zustimmen, dass die rotgrüne Bundesregierung mit den Vorschlägen zum Erneuerbare-Energien-Gesetz genau den Weg geht, den Sie hier als Notwendigkeit sehen, nämlich sichere Rahmenbedingungen zu schaffen?

Bürgermeister Perschau: Ich hatte nicht den Eindruck, dass die Aussagen von Herrn Clement dies nun so besonders zementieren, sondern dass diese Aussagen eher große Unsicherheit verbreitet haben, und ich weiß, weil ich auch in vielen Gremien sitze, dass es in der Kreditwirtschaft eine große Unsicherheit gibt, ob man, bevor das nicht wirklich geklärt ist, weitere Kredite gewähren kann. Es gibt natürlich auch bei den Firmen und bei den Investoren, die sich hoch verschuldet haben, große Bedenken, ob sie im Moment weitere Projekte angehen können, bevor diese Fragen nicht geklärt sind.

Das, was ich gesagt habe, Frau Abgeordnete, ist lediglich, dass, wenn man einen solchen Weg geht, man auch einen solchen Weg mit einer Mittel- und Langfristigkeit gehen muss, weil sich diese Investitionen erst langfristig rechnen, und wenn man keine langfristige Bestandssicherheit hat, hat man

(C)

(D)

(A) eben auf Sand gebaut, und das wollen wir nicht. Wenn wir in Bremerhaven jetzt im Technologiebereich einen Schwerpunkt für die Windenergie und für die Offshorenutzung setzen, dann setzt das voraus, dass die Planungssicherheit schnellstmöglich wieder hergestellt wird, und ich hoffe, dass die rot-grüne Bundesregierung das tut.

Präsident Weber: Herr Bürgermeister, sind Sie bereit, eine weitere Zwischenfrage der Abgeordneten Frau Dr. Mathes anzunehmen?

Bürgermeister Perschau: Bitte!

Präsident Weber: Bitte, Frau Dr. Mathes!

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Bürgermeister, dann gehe ich jetzt davon aus, dass Ihnen nicht bekannt ist, dass wir versucht haben, aus unserem Verantwortungsbereich, nämlich dieses Hauses, einen Antrag einzubringen, genau das Vorhaben von Herrn Trittin zu stützen, das dazu führen wird, dass im Offshorewindbereich wirklich eine Kontinuität gegeben ist, und dass das seitens Ihrer Fraktion, nämlich der CDU, nicht mitgetragen wird!

(Zuruf von der CDU: Das stimmt ja gar nicht!)

(B) **Bürgermeister Perschau:** Frau Abgeordnete, zunächst einmal mache ich Ihnen keinen Vorwurf, was das Haus tut, sondern die Frage ist, was die Bundesregierung und was der Deutsche Bundestag tun, denn der hat dieses Gesetz erlassen. Wir haben daran mitgewirkt, zum Teil über den Bundesrat. Lassen Sie uns diese Debatte aber nicht führen, weil sie zu nichts führt!

Für uns ist entscheidend: Wir haben auf die Windenergie in Bremen und in Bremerhaven gesetzt, und deshalb muss sie natürlich auch Zukunft haben, weil das sonst katastrophale Folgen hätte, und das ist das, was ich anmahne. Wir haben im Bereich der blauen Biotechnologie in Bremerhaven einen Schwerpunkt gesetzt, und sie entwickelt sich gut. Wir haben im T.I.M.E. Port einen Schwerpunkt gesetzt, und jetzt kommt der zweite Bauabschnitt, und ich hoffe, es folgt bald der dritte.

Herr Breuer, ich nehme das sehr gern auf. Wir brauchen natürlich, wenn wir unten an der Hafenecke, wenn wir Alter/Neuer Hafen und diese Projekte machen und das dann weiterentwickeln, an der Wasserseite auch eine attraktive Architektur. Wir brauchen dort sozusagen etwas, was zusammenpasst. Wir haben bei den Hafenterrassen noch sehr viel ungeordnete Flächen, und die optische Wirkung ist nicht überall sehr angenehm, das wissen Sie. Deshalb kommt es darauf an, dass das, was jetzt neu gemacht wird, gut zusammenpasst, dass sozusagen

Qualifizierung und Qualitätsmerkmale dies in besonderer Weise ausmachen. (C)

Wir haben mit dem Institut für Fischereiökologie, glaube ich, einen großen und wichtigen weiteren Schritt getan, und die Aquakultur, die wir damit machen können. Da gibt es viele Zusagen, die wir dem Institut gemacht haben, auch vom Land, mit all dem, dass wir ihnen das Grundstück, immerhin 11 000 Quadratmeter, umsonst zur Verfügung stellen, dass wir ihnen die Brunnen und das Süßwasser, in dem diese Aquakulturen entwickelt werden, zur Verfügung stellen. Ich glaube, dass all dies zeigt, dass wir bereit sind, sehr viel Geld in die Hand zu nehmen, das zeigen auch die touristischen Projekte, um in Bremerhaven den Strukturwandel von der Industrieseite in den Dienstleistungsbereich, in moderne Dienstleistungen und in neue Technologien zu verwirklichen, und dies hat sich bewährt.

Meine Damen und Herren, auch zu den Zahlen, die immer wieder zitiert werden! Bremerhaven hat über einen langen Zeitraum weit überdurchschnittliche Einwohnerverluste gehabt. Dies hat sich im letzten Jahr wesentlich verbessert. Wir haben in Bremerhaven im letzten Jahr eine positive Wanderungsbilanz gehabt. Es sind mehr Menschen zugewandert als abgewandert, zum ersten Mal seit langer, langer Zeit! Das ist das Ergebnis der Netzwerkarbeit, die in Bremerhaven von Senat und Magistrat und den handelnden Gesellschaften gemacht wurde. Wir haben noch ein Defizit, das mit der demographischen Entwicklung zusammenhängt. Wir haben im Grunde genommen die Bevölkerungsentwicklung in Bremerhaven im letzten Jahr noch nicht voll ausgleichen können, weil ein Sterbeüberschuss von etwa 400 Menschen vorhanden war, es wurden 400 weniger geboren, und im letzten Jahr hatten wir in der Bilanz knapp 200 Einwohner weniger. (D)

Ich hoffe, dass es uns gelingt, auch in einer schwierigen Zeit, in der überall die Einnahmen wegbrechen und wir ganz schwierige Situationen zu meistern haben, in diesen Innovationsbereichen neue Maßstäbe zu setzen, weil sie wichtig sind: die Aufenthaltsqualität des Standorts, der Ruf des Technologiestandorts Bremerhaven, der Ruf der Universität, des AWI! Ich erwähne ein Institut, auch als Kultursenator, das Schifffahrtsmuseum, das eines der besonderen Forschungsmuseen ist, eines der ganz wenigen Forschungsmuseen, die wir haben, das auch ein Institut der blauen Liste ist und das natürlich für uns einen hohen Wert hat. Diesen Wert müssen wir natürlich in unsere Konzepte integrieren, wenn wir in Bremerhaven Inhalte herausarbeiten.

Ich glaube, dass, wenn man sich die Strukturdaten in Bremerhaven ansieht, jeder weiß, Herr Güldner, dass wir noch einen langen Weg gehen müssen, aber wenn man sie sich mit offenen Augen ansieht, dann sieht man auch, dass in den letzten Jahren große Fortschritte im Strukturwandel gemacht worden sind, große Fortschritte in der Aufenthalts-

- (A) qualität, große Fortschritte in der Bindungskraft von Einwohnern und Arbeitsplätzen und auch von Unternehmen, und ich denke, dass wir diesen Weg konsequent weitergehen müssen.

Die Große Anfrage zielt darauf ab, auf Chancen und Risiken hinzuweisen. Der Logistikstandort, der auch in diesem Zusammenhang eine hohe Bedeutung hat, und die Lokoquote sind Fragen, die wir gemeinsam diskutieren, nur warne ich auch hier vor allzu großen Euphorien. Es gibt Hafenzentren wie Hamburg, die haben einen Raum von vier Millionen Einwohnern insgesamt. Über den verfügt Bremerhaven nicht, und es gibt eine ganz normale Wechselbeziehung zwischen der Größe eines Standortes und der Lokoquote, das hängt nämlich unmittelbar miteinander zusammen, und deshalb werden wir in einer Stadt mit etwas über 100 000 Einwohnern natürlich nicht eine Lokoquote vergleichbar mit der von Hamburg oder Rotterdam entwickeln können, weil es einfach andere Dimensionen sind. Gleichwohl werden wir, gerade weil der Standort im Verhältnis zum Umschlag klein ist, große Anstrengungen unternehmen müssen, um die Lokoquote zu erhöhen. Wir sind in Arbeitsgruppen sehr intensiv dabei, dies zu machen, aber dass wir damit auch die Nachteile der strukturellen Kleinheit der Besiedlung des ganzen Raumes ausgleichen können, ist sicherlich abwegig.

- (B) Das heißt, es sind viele kleine Schritte, die gemacht werden müssen, um zu stabilisieren, um zu stärken, und ich denke, dass Bremerhaven auf einem guten Weg ist, und wir vom Senat werden uns bemühen, auch in schwierigster Haushaltslage gerade in Bremerhaven diese hohe Investitionsquote zu halten. Ich hoffe, dass uns das gelingt, nicht weil wir etwas gegen Bremerhaven haben, sondern weil wir natürlich auch das Sanierungsziel erreichen wollen und das Sanierungsziel erreichen müssen. Deshalb ist es sicherlich so, dass wir in den nächsten zwei Jahren große Chancen haben, dass wir das aber mit einer ungeheuer großen Haushaltsdisziplin verbinden müssen.

Ich hoffe, dass wir möglichst alles schaffen, aber ich kann nicht alles ohne Weiteres zusagen. Wenn ich mir die Zahlen ansehe, die uns im Moment beschäftigen, dann weiß ich, dass die Probleme in den nächsten zwei Jahren zunehmen werden, ich denke aber, wir können sie bewältigen. Wir können sie insbesondere dann bewältigen, wenn unsere Bremerhavener Freunde so selbstbewusst auftreten, wie einige das heute getan haben, und wenn man nicht unbedingt durch Untertreibung der Bremerhavener Leistung Beiträge dazu leistet, dass über Bremerhaven schlecht geredet wird.

Es gibt keinen Grund, über Bremerhaven schlecht zu reden. Es gibt ganz viele Gründe, den Fortschritt und die Entwicklung zu loben und den Bremerhavenern, dem Senat und allen, die daran arbeiten,

- Mut zu machen, diesen Weg ganz konsequent und ganz intensiv weiterzugehen. (C)

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aussprache ist geschlossen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU Kenntnis.

Stellungnahme des Senats zum 25. Jahresbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz

Mitteilung des Senats vom 26. August 2003
(Drucksache 16/25)

Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Meine Damen und Herren, hier ist Überweisung zur Beratung und Berichterstattung an den Rechtsausschuss vorgesehen.

Wer der Überweisung der Stellungnahme des Senats zum 25. Jahresbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz mit der Drucksachen-Nummer 16/25 zur Beratung und Berichterstattung an den Rechtsausschuss seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen! (D)

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) überweist entsprechend.

(Einstimmig)

Wahl eines Mitglieds der staatlichen Deputation für Wirtschaft und Häfen

Auch hier liegt Ihnen der Wahlvorschlag schriftlich vor.

Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend dem Wahlvorschlag wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und Abg. W e d l e r [FDP])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(A) Stimmenthaltungen?

(Abg. **T i t t m a n n** [DVU])

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) wählt entsprechend.

Ausbau des Freiwilligen Ökologischen Jahres (FÖJ)

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen,
der SPD und der CDU
vom 10. September 2003
(Drucksache 16/34)

Dazu als Vertreter des Senats Senator Eckhoff.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Crueger.

Abg. **Crueger** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte einmal etwas an das Thema heranleiten. Der heutigen Jugend wird ja häufig vorgeworfen, sie sei sehr egotaktisch geprägt, nur irgendwie auf ihren eigenen Vorteil aus, das soziale Gewissen falle dabei hinten herunter. Wir haben das letztens von Vertretern des Senats gehört, dass die heutige Jugend nicht einmal mehr aufstehe, wenn im Bus jemand einen Sitzplatz benötige. Kurzum: Sie sei einfach eine Null-Bock-Generation. Ich denke, das ist ein Vorurteil, das uns allen vertraut ist.

(B)

Gerade vor dem Hintergrund dieses Klischees finde ich das Thema, um das es hier geht, nämlich das Freiwillige Ökologische Jahr, sehr wichtig. Das Freiwillige Ökologische Jahr bedeutet nichts anderes, als dass junge Menschen nach dem Abitur, nach der Ausbildung sich für zwölf Monate freiwillig verpflichten, sich im Umweltschutz aktiv zu beteiligen. Das ist auch eine körperliche Arbeit. Wenn man sich anschaut, welche Träger solche Plätze anbieten, das reicht vom Naturschutzbund über Stadtteilmfarm bis zum Bürgerpark, das heißt, das ist auch wirklich etwas Handfestes, wo man tatsächlich auch mit vollem Einsatz heran muss. Dafür gibt es nur ein kleines Taschengeld, aber das ist dabei gar nicht der entscheidende Punkt, sondern warum junge Menschen dies machen, hat ganz vielfältige Gründe. Einige wollen sich ein wenig selbst besinnen, was will ich im Leben erreichen, andere wollen schauen, ist vielleicht diese Branche, Umwelt, Umweltschutz, etwas für mich, kann ich dort beruflich etwas werden. Wieder andere sehen es vielleicht auch als Chance, der Jugendarbeitslosigkeit zu entrinnen.

Es sind auf jeden Fall ganz vielfältige Motive, und diese führen dazu, dass wir beispielsweise im letzten Jahr 188 Bewerber hatten, 188 Bewerber auf, und das muss man dazu sagen, 25 Stellen. Das heißt, da

ist Frustration natürlich auch schon vorprogrammiert, da werden nicht alle einen Platz bekommen.

(C)

Wenn man sich auf der anderen Seite mit den Trägern unterhält, sagen die auch alle, wir brauchen diese jungen Leute, und, die schon welche haben, sind sehr froh darüber, dass sie sie haben. Andere sagen, schade, dass wir keine Stellen bewilligt bekommen, wir könnten diese Unterstützung wirklich brauchen. Ich meine, überall werden Geldmittel knapp und damit auch personelle Ressourcen.

Kurzum, ich will das hier jetzt auch nicht länger ausführen, ich denke, der Eindruck ist klar geworden, es ist eine runde Sache, von welcher Seite man es auch betrachtet. Wir haben bei Trägern und auch bei Bewerbern einen Bedarf an zusätzlichen Stellen. Deshalb hat unsere Fraktion zunächst einen Antrag eingebracht, der darauf abzielte, das bisherige Kontingent von 25 Stellen auf 50 Stellen zu verdoppeln. Daraufhin haben wir uns mit den anderen Fraktionen beraten und erfreulicherweise haben wir es geschafft, einen interfraktionellen Antrag aufzustellen, der zwar nicht unsere Maximalforderung von 25 Stellen plus beinhaltet, der aber doch, dadurch, dass er von allen drei Fraktionen getragen wird, zunächst einmal ein politisches Zeichen an den Senat bedeutet, aber natürlich auch an die Jugendlichen, die sich auf diese Stellen bewerben, dass wir sagen, wir wollen schauen, der Senat soll ein Konzept vorlegen, wie man das Angebot, das bisher besteht, bedarfsgerecht ausbauen kann. Dabei muss man immer diese 188 Bewerber beim letzten Mal, und ich will gar nicht prognostizieren, wie viel mehr es beim nächsten Mal werden, im Kopf haben.

(D)

Da appelliere ich dann an den Senat und speziell an Herrn Senator Eckhoff, dort einmal nicht so kleinlich zu sein. Wir sehen das Sozialressort, dem fällt es immer schwerer, junge Menschen zu fördern, ich finde auch den Punkt ganz spannend, dass sich hierfür auch einmal ein anderes Ressort ins Zeug legen kann, jungen Menschen Perspektiven zu eröffnen. Deshalb möchte ich ganz gern den Antrag, den Bündnis 90/Die Grünen zunächst eingereicht hat, zurückziehen. Wir unterstützen natürlich voll und ganz den interfraktionellen Antrag. – Danke!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Imhoff.

Abg. **Imhoff** (CDU *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die neue Legislaturperiode fängt ja ganz gut an im Umweltbereich. Mit einem interfraktionellen Antrag können wir vielleicht eine neue Zeitrechnung beginnen, in der sich die Grünen viel

*) Vom Redner nicht überprüft.

- (A) leicht der Umweltpolitik der CDU mehr nähern. Das wäre für alle wünschenswert.

(Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, kommen wir doch lieber zum eigentlichen Thema unseres Antrags, dem Freiwilligen Ökologischen Jahr! Neben dem bekannten Freiwilligen Sozialen Jahr gibt es auch beim Umweltschutz dieses Angebot. Neu ist hierbei, dass man dann seinen Zivildienst auch auf dieser Ebene leisten kann, selbst wenn diese Teilnehmerzahl sehr begrenzt ist.

Wenn man mit Jugendlichen spricht, die ein solches freiwilliges Jahr gemacht haben, so war ihnen von vornherein klar, dass sie in diesem Jahr keine Reichtümer erlangen können, aber überzeugt sind, etwas Sinnvolles für die Natur getan zu haben. Ich denke, das ist der richtige Ansatz, denn gesellschaftliches Engagement gerade junger Menschen in einer immer mehr ichbezogenen Gesellschaft gewinnt zunehmend an Bedeutung, und das nicht nur in Vereinen und Verbänden, sondern auch im ganzen ehrenamtlichen Bereich.

- (B) Meine Damen und Herren, mit 25 Plätzen steht Bremen mit seinem Angebot gut da, auch im Vergleich zu anderen Bundesländern. So wurden in den letzten Jahren die angebotenen Stellen entsprechend den Bewerberzahlen hier in Bremen erhöht. Bei steigenden Bewerberzahlen konnte in den vergangenen Jahren durch die Erhöhung der FÖJ-Plätze das Gleichgewicht gehalten werden. Ich denke, das ist eine gute Sache!

Zwar gibt es viel mehr Bewerbungen als freie Plätze, doch das ist ganz normal, weil sich viele Jugendliche, ähnlich wie es bei der Suche nach einem Ausbildungs- oder Studienplatz ist, gleichzeitig bei verschiedenen und unterschiedlichsten Einrichtungen auch in anderen Bundesländern bewerben. Deswegen möchten wir von der CDU-Fraktion auch ein bedarfsgerechtes Angebot für die Zukunft auf den Weg bringen und nicht, wie es in dem Antrag der Grünen zuerst angedacht war, eine willkürliche Zahl festzuschreiben. Wir zielen mit unserem Antrag darauf ab, schrittweise vorzugehen, denn eine Aufstockung um das Doppelte wäre bei den jetzigen Bremer Strukturen nicht so einfach umsetzbar, weil viele Umweltverbände nicht ohne Weiteres die Angebote aufstocken können, insbesondere kleinere Anbieter können das so schnell nicht leisten.

Außerdem benötigen wir ein Konzept, in dem die finanzielle Absicherung des Freiwilligen Ökologischen Jahres dargestellt wird. Es muss auch berücksichtigt werden, dass mit der Erhöhung der Plätze auch eine Erhöhung der Kosten verbunden ist. Dabei geht es nicht nur um die monatlichen 293 Euro pro Teilnehmer. Eine Erhöhung der Teilnehmerzahl am Freiwilligen Ökologischen Jahr führt auch gleich-

zeitig zu höherem Verwaltungs- und Betreuungsaufwand, wobei zusätzliche Seminare gemacht werden müssen und so weiter.

(C)

Hervorheben möchte ich noch einmal verschiedene Möglichkeiten des freiwilligen Jahres. Die bestehen in der Hauptsache, erstens, in der Arbeit in den Verbänden und Vereinen und zweitens in der Arbeit in einem normalen Betrieb mit produktionsintegriertem Umwelt- und Ressourceneinsatz.

Einsatzstellen bei Umweltverbänden sind am besten für junge Menschen, die ihren Schwerpunkt und die Richtung, in die sie ihr späteres Berufsleben lenken möchten, noch nicht gefunden haben, denn diese Arbeit bietet ein breites Spektrum an Entfaltungsmöglichkeiten in einem meist lockeren Rahmen. Die Einsatzstellen in Betrieben sehen dort schon anders aus. Hier kann man die ersten Erfahrungen in betrieblichen Abläufen sammeln und sich gezielt für den Betrieb im Umweltschutz engagieren. Ich denke, dass vor allem in diesem Bereich noch wesentliche Potentiale ausgeschöpft werden können, denn immer mehr Betriebe haben Umweltbeauftragte oder ein Umweltmanagementsystem. Wenn die Nachfrage des Freiwilligen Ökologischen Jahres weiterhin steigt, sollte man solche Firmen anspornen, auch hierfür verstärkt Plätze zur Verfügung zu stellen.

Das Schöne wäre bei solch einer Ausweitung, dass man gleich drei Fliegen mit einer Klappe schlägt: einerseits gut für junge Menschen, die zwischen breit gefächerten Angeboten wählen können, andererseits gut für die Betriebe, die sich so interessiertes Nachwuchspersonal akquirieren können, und letzten Endes auch gut für Bremen, das so nur einen Teil der Ausgaben pro Platz zu leisten hat.

(D)

Alles in allem ist das Freiwillige Ökologische Jahr eine gute Einrichtung, die auch in Zukunft von der CDU-Fraktion unterstützt wird. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Schuster.

Abg. **Dr. Schuster** (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Mir bleibt nun wirklich nicht mehr sehr viel zu sagen, weil alles gesagt worden ist. Das will ich nicht wiederholen. Die SPD-Fraktion steht auch dazu, das Freiwillige Ökologische Jahr zu fördern, weil es eine gute Sache für den Natur- und Umweltschutz ist und den Jugendlichen nützt. Deswegen fordern wir auch einen bedarfsgerechten Ausbau, wobei das für uns beide Seiten beinhaltet. Es ist zu berücksichtigen, welche Nachfrage es nach dem FÖJ bei Jugendlichen gibt. Gleichzeitig müssen wir darauf achten, sinnvolle Einsatzstellen einzurichten. Darauf zielt der Antrag

- (A) ab, und deswegen unterstützen wir das voll und freuen uns, dass das alle teilen. – Danke!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächster Redner erhält das Wort Herr Senator Eckhoff.

Senator Eckhoff: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte auch noch einige Bemerkungen zu diesem wichtigen Thema machen. Es freut mich natürlich, dass zu Beginn der Legislaturperiode wirklich eine solch große Einigkeit in diesem Hause herrscht. Ich hoffe, dass das bei den Umweltthemen auch in Zukunft so bleibt.

Ich möchte etwas Wasser in den Wein schütten, Herr Crueger. Sie haben das der Antwort auf Ihre Kleine Anfrage entnehmen können, dort ist bereits der Hinweis enthalten, dass sich viele Interessenten von den 188 parallel bewerben, nicht nur in Bremen, sondern auch häufig in anderen Bundesländern. Das führt dazu, dass bis zu dem heutigen Tag von den 25 Stellen erst 23 besetzt sind. Das heißt, wir haben tatsächlich noch zwei unbesetzte Stellen in diesem Bereich, und vor diesem Hintergrund ist es, glaube ich, wirklich sinnvoll, nicht von heute auf morgen die Zahl zu verdoppeln, sondern tatsächlich auch bedarfsgerecht auszubauen.

- (B) Dazu muss es entsprechende Institutionen geben, die solche Plätze zur Verfügung stellen. Auch das ist nicht so einfach, dort auch qualifizierte Institutionen zu finden, weil es ja den jungen Menschen auch etwas bringen soll. Sie sollen ihre Zeit da nicht nur absitzen, sondern sie sollen sich selbst auch tatsächlich weiterentwickeln. Daher kann ich die Anregung des Abgeordneten Imhoff nur aufnehmen, dass der Appell insbesondere auch an Betriebe gehen muss, verstärkt in diesem Bereich Plätze zur Verfügung zu stellen.

(Vizepräsident Ravens übernimmt den Vorsitz.)

Die Umweltorganisationen sind in diesem Bereich ganz aktiv, aber die Betriebe können sicherlich da noch einen Zahn zulegen, und vielleicht kann man diese Parlamentsdebatte auch nutzen, um diesen Appell auch in Richtung bremische Betriebe zu richten.

Zweitens: Ganz wichtig ist eine entsprechende Begleitung des Freiwilligen Ökologischen Jahres. Da gibt es auch so eine Schwelle, bei der sich die Kosten entsprechend deutlich weiterentwickeln. Diese liegt ungefähr bei 30 Plätzen, weil es im Rahmen von Seminaren im Endeffekt nur sinnvoll ist, tatsächlich bis 30 Teilnehmer zu haben. Danach müsste dann eine zweite komplette Begleitung sichergestellt werden, das würde die Kosten überproportional deutlich erhöhen. Deshalb sollten wir uns ein realis-

ches Ziel setzen, vielleicht im nächsten Jahr zunächst einmal von 25 auf 30 Plätze zu kommen, dort entsprechend die qualifizierten Betriebe zusätzlich einzuladen und dann tatsächlich auch alle Stellen zu besetzen.

(C)

Grundsätzlich sind solche Freiwilligen Ökologischen Jahre und Freiwilligen Sozialen Jahre eine sinnvolle Sache. Aber weil ich hier auch den Kultursenator sitzen sehe, möchte ich den Hinweis geben, dass eine Initiative aus beiden Koalitionsfraktionen im März dieses Jahres dahinging, auch ein Freiwilliges Kulturelles Jahr einzurichten. Auch dies ist eine sinnvolle Sache, ich kenne jetzt nicht den letzten Stand der Rückmeldungen, aber ich hoffe, dass auch dies positiv angenommen wird, so dass wir neben den bereits vorhandenen Elementen im Angebot Bremens auch das Freiwillige Kulturelle Jahr entsprechend etablieren können. Ich glaube, das wäre auch ganz wichtig, weil es auch in dem Bereich viele junge Menschen gibt, die entsprechend im Laufe dieses Jahres tatsächlich dazulernen möchten.

Das heißt, wir sind auf gutem Weg. Auch bei dem Freiwilligen Ökologischen Jahr ist ja eigentlich in den letzten Jahren immer einvernehmlich diese Zahl der Plätze schrittweise erhöht worden. Für mich ist der nächste Schritt 30 Plätze, und da bitte ich natürlich auch den Haushaltsgesetzgeber, im Rahmen der Haushaltsberatungen tatsächlich genügend Mittel zur Verfügung zu stellen. Wenn wir das dann genauso einvernehmlich hinbekommen, wie wir das jetzt in dieser Beratung hinbekommen haben, bin ich zuversichtlich, dass wir den nächsten Schritt erreichen werden, und ich hoffe, dass wir dann auch am Ende der Legislaturperiode, Herr Crueger, vielleicht bei den Zahlen angekommen sind, immer vorausgesetzt, es gibt genug Angebote und Qualifizierte und genug Nachfrage, die sich die Grünen in ihrem Ursprungsentwurf auch tatsächlich vorgenommen haben. Ich bedanke mich ganz herzlich für die Aufmerksamkeit und hoffe auf eine einstimmige Zustimmung zu diesem guten Antrag im Parlament.

(D)

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und der CDU mit der Drucksachen-Nummer 16/34, Neufassung der Drucksache 16/29, seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmhaltungen?

(A) Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.

(Einstimmig)

Gesetz zur Änderung des Bremischen Beamtengesetzes

Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU
vom 4. September 2003
(Drucksache 16/31)

1. Lesung
2. Lesung

Dazu als Vertreter des Senats Staatsrat Lühr.

Wir kommen zur ersten Lesung.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort erhält Frau Abgeordnete Wiedemeyer.

Abg. Frau **Wiedemeyer** (SPD *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte keine lange Rede halten, sondern ganz kurz eine Begründung für den Ihnen vorgelegten Antrag zur Änderung des Bremischen Beamtengesetzes abgeben. Ich denke, es sollte für Parlamentarier eine Selbstverständlichkeit sein, diesem Gesetz zu folgen. Wir werden hier heute die Stellen im Haus der Bürgerschaft, die hier aufgelistet sind, entsprechend behandeln wie Stellen bei Senatoren, und ich glaube, es ist eine Selbstverständlichkeit, dass der höchste Mann – protokol­larisch hier im Staat Bremen – doch zumindest einem Senator gleichgestellt sein sollte. Nichts anderes passiert hier.

(B) Wir haben im Vorfeld vernommen, dass die Fraktion der Grünen diesem Antrag nicht zustimmen wird. Das wundert mich ein bisschen. Ich dachte, wir hätten im Vorfeld mit der Fraktion der Grünen eingehende Diskussionen darüber geführt, und ich glaube, es gab in diesen Fragen auch schon einmal eine Einigkeit. Dass die Arbeit im Bürgerschaftsvorstand kollegial und fair geprägt ist, ist, glaube ich, eine Selbstverständlichkeit, und ich glaube auch, der Umgang mit der Opposition, den wir hier haben, war auch sehr entgegenkommend.

Ich erinnere nur daran, dass zum Beispiel die SPD die Position des Vizepräsidenten, die eigentlich nach den Ergebnissen der Wahl unserer Fraktion zuge­standen hätte, selbstverständlich hier auch an die Fraktion der Grünen abgetreten hat, so dass sich alle Fraktionen in diesem Vorstand widerspiegeln. Wenn man dann noch einmal schaut, wie auch die Stellenbesetzung und die Auswahl der Personen in den letzten Jahren für wichtige Posten und auch für diese Positionen, die hier zur Debatte stehen, getroffen worden sind, glaube ich, dass hier keiner behaupten

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

ten kann, dass das nicht gemeinsam und kollegial mit dem gesamten Vorstand und dem gesamten Haus gelaufen ist. Ich glaube, dass sich auch an diesem Verfahren zukünftig nicht viel ändern wird.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als nächste Rednerin erhält das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Trüpel.

Abg. Frau **Dr. Trüpel** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Als Erstes, Frau Wiedemeyer, möchte ich auf Sie antworten! Die Information, die ich aus meiner Fraktion habe, ist so, dass es diese Art der Absprache, wie Sie sie jetzt zitiert haben, nämlich dass Sie schon das Entgegenkommen der Grünen gehabt hätten, so nicht gegeben hat.

Ich möchte heute gern begründen, aus welchen Überlegungen heraus wir diese Gesetzesänderung, die die Fraktionen der großen Koalition begehren, nicht mitmachen. Sie haben eben gesagt, die Fraktionen der großen Koalition möchten das Beamtengesetz ändern, damit der Vorstand der Bremischen Bürgerschaft mehr Stellen in seinem nahen Umfeld hat, und zwar handelt es sich um den Direktor, um die Stelle des Pressesprechers, die Stelle des persönlichen Referenten und die Angestellte im Vorzimmer des Präsidenten, die von der Ausschreibungspflicht, die es sonst, wie ich finde, aus guten Gründen im öffentlichen Dienst gibt, ausgenommen werden sollen.

Damit geht man von der Praxis der letzten Jahre, nämlich die Stelle des Direktors, der Pressesprecherin, des Pressesprechers auszuschreiben, ab, und Sie argumentieren damit, dass es um die Stärkung ginge und vor allem darum, den Präsidenten der Bürgerschaft den Senatoren gleichzustellen. Meine Damen und Herren, ich möchte jetzt noch einmal begründen, warum wir glauben, dass der Verzicht auf die Ausschreibung nicht notwendigerweise zu einer Gleichstellung mit dem Senat und einer Aufwertung des Parlaments führt.

Erster Grund für uns: Prinzipiell stehen wir zur Ausschreibung von Stellen aus der Überlegung heraus, dass damit Wettbewerb und Transparenz gegeben sind, Vergabe von Posten nach Leistung und Kompetenz zum Tragen kommt und nicht nach Parteibuch und Vetternwirtschaft, auch nicht nach persönlicher Neigung. Das ist eine ganz prinzipielle Überlegung, wie es sie überall im öffentlichen Dienst gibt.

Jetzt argumentieren Sie im zweiten Schritt damit, dass es um die Gleichstellung mit dem Senat und den Senatoren gehen würde. Ich finde, da muss man sich auch die Praxis, die Sie selbst schon bemüht haben, hier im Haus anschauen und wo sie eigentlich von der Wahl der Senatoren und auch von der

(C)

(D)

(A) Praxis im Umfeld der Senatoren abweicht. Der Präsident der Bürgerschaft, die Vizepräsidenten und die Schriftführer werden von diesem Haus gemeinsam gewählt, mehr oder weniger jedenfalls, und nicht in politischer Kampfabstimmung wie die Senatoren und der Präsident des Senats. Sie haben selbst eben noch einmal auf die Geschäftsordnung der Bürgerschaft hingewiesen, dass nämlich in der Regel der Vorstand nach der Stärke der vertretenen Fraktionen besetzt wird.

Das, finde ich, ist eine demokratische Praxis, das ist ein faires Verfahren, das wir diesmal auch wieder angewandt haben, und ich finde, der Vorstand, und so versuchen wir auch zu arbeiten, hat die Aufgabe, für das ganze Haus, für alle hier vertretenen Fraktionen seine Arbeit zu machen und auch den Service des Hauses vor dem Hintergrund dieser Regel umzusetzen. Ich betone noch einmal: Der Vorstand, der aus sechs Personen besteht, agiert für das gesamte Haus und für alle Fraktionen des Hauses.

Der nächste Grund: Die besondere Vertrauensstellung, das besondere persönliche Verhältnis, das Senatoren zu ihren Referenten und Pressesprechern haben, gilt dann eben nicht in gleichem Maß für den Vorstand der Bürgerschaft. Der Vorstand besteht eben nicht nur aus dem Präsidenten, sondern aus einem sechsköpfigen Gremium, wo nicht alle sechs das gleiche persönliche Vertrauensverhältnis zu einem persönlichen Referenten oder Pressesprecher haben können. Die Praxis bei den Senatoren mit ihrem Umfeld ist eine andere als im Vorstand der Bürgerschaft. Von daher kann ich nicht sehen, dass hier die unmittelbare Vergleichbarkeit, mit der Sie argumentieren, gegeben ist.

(Abg. B ö h r n s e n [SPD]: Frau Trüpel, der Senat ist ein Kollegialorgan! Sehen Sie einmal in die Landesverfassung!)

Das weiß ich durchaus! Ich habe diesem Gremium ja auch einmal angehört, Herr Böhrnsen. Das ist mir durchaus bewusst, aber trotzdem, wenn Sie sozusagen mit der unmittelbaren Vergleichbarkeit des Präsidenten der Bürgerschaft und der Senatoren argumentieren, so kann ich das nicht sehen, weil dieses Gremium hier ein anderes ist, und auch die Art, wie sie zustande kommen, unterscheidet sich von unserer Wahlpraxis.

Dritter Grund für die Ablehnung: Wenn man mehr politische Beamte hat, und das ist ja das Ergebnis Ihres Begehrens, dass es sich um politische Beamte handelt, können diese bei Regierungswechseln ausgetauscht werden und müssen dann aber weiter im öffentlichen Dienst untergebracht werden. Ob man eine solche Entwicklung bei der Haushaltslage, wie wir sie im Moment haben, für angebracht hält, finde ich, ist auch eine weitere wichtige Frage, und wir Grünen beantworten sie so, dass wir diese Ausgaben, die dann anfallen würden, nicht tätigen wollen.

Vierter Grund: Die Bürgerschaft hat nach Ausschreibung eine Pressesprecherin eingestellt, ein persönlicher Referent ist auch vorhanden. In Zeiten des Sparens muss auch die Bürgerschaft sensibel sein, ob es weitere Stellen geben soll. Ich bin der Meinung, dass der Vorstand mit der jetzigen Ausstattung arbeiten kann und auch so mit dem vorhandenen Personal durchaus in der Lage ist, zu einer Aufwertung des Parlaments und einem angemessenen Selbstbewusstsein in diesem Haus beizutragen.

Ich möchte noch einmal betonen, dass die Grünen prinzipiell für die politische Aufwertung des Parlaments, dieser Bürgerschaft sind, für ein selbstbewusstes Parlament, für die Wertschätzung unserer Arbeit, die wir nach innen und außen vertreten, und ich glaube, auch gerade vor dem Hintergrund der harten Zeiten des Sparens, in denen wir uns gemeinsam befinden, dass der Vorstand so, wie er jetzt ausgestattet ist, durchaus arbeitsfähig ist, und deswegen vor dem Hintergrund dieser Überlegung und der vier Gründe, die ich genannt habe, lehnen wir die Änderung des Gesetzes ab.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Tittmann.

Abg. **Tittmann** (DVU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Bevor Sie wieder einmal gleich nach vorn kommen werden und sagen, ich möchte auf die Rede des Vorredners nicht eingehen, sage ich Ihnen gleich, das können Sie auch gar nicht, und das werden Sie fachlich und argumentationsmäßig auch nie können.

Meine Damen und Herren, hier soll wohl gegen die Interessen Bediensteter der Bremischen Bürgerschaft ein Gesetz durchgepeitscht werden, um vollendete Tatsachen zu schaffen. Wenn per Gesetzesänderung die Ausschreibungspflicht für vier Stellen in der Verwaltung abgeschafft werden soll, stellt sich doch zwingend die Frage nach den Hintergründen. Nachvollziehbare Begründungen habe ich aber bis jetzt nicht gehört.

Meine Damen und Herren, klar aber scheint, dass Filz und Pfründe im Rahmen der Koalitionsparteien einmal mehr ausschlaggebend sein sollen. Der beabsichtigte Vorgang ist ein besonders krasses Beispiel von Parteibuchmauscheleien. Dabei fällt besonders ins Gewicht, dass es sich um hoch bezahlte Posten in der Verwaltung handelt. Vor allem stellt sich auch die Frage, warum die Sache so dringlich sein soll. Warum der Dringlichkeitsantrag? Die Stellen sind besetzt. Was passiert beispielsweise mit dem jetzigen Pressesprecher oder aber, was soll mit den anderen Staatsbediensteten passieren, und wird hier in Absprache mit dem Personalrat gehandelt? Ein völlig überflüssiges und wahrscheinlich gegen die

(C)

(D)

- (A) Interessen der Bediensteten der Verwaltung inszeniertes Personalkarussell von SPD und CDU, um noch mehr Abhängigkeit im Zuge politischer Gleichschaltung in der Verwaltung zu erzielen!

(Abg. K l e e n [SPD]: Gleichschaltung!)

Nein, Wahrheit! Meine Damen und Herren, ich fordere Sie auf, hier klipp und klar die tatsächlichen Hintergründe für diesen angeblichen Dringlichkeitsantrag darzustellen, zumal es sich um hoch dotierte Positionen im öffentlichen Dienst handelt, für die der Steuerzahler aufkommen muss. Darüber hinaus habe ich bei dieser Gesetzesänderung das dumpfe Gefühl, dass mit der alten SPD-Versorgungsmachenschaften-Mentalität einige altgediente Parteigenossen in sehr gut dotierte Positionen hereingehievt werden sollen, anhand eines Dringlichkeitsantrags, ganz schnell und ohne Ausschreibung – wirklich ohne! –, also skandalös hineingeschoben werden sollen oder schon worden sind.

Meine Damen und Herren, diesen Genossenfilz wird die Deutsche Volkunion auch weiterhin vehement parlamentarisch bekämpfen, denn ein Dringlichkeitsantrag bedeutet nämlich nicht, noch ganz schnell, also dringlich, vorrangig und ohne Ausschreibung altgedienten SPD-Genossen gut bezahlte Positionen zuzuschancen. Das macht die Deutsche Volkunion nicht mit! Ich lehne im Namen der Deutschen Volkunion diesen wirklich nicht dringlichen Antrag im Interesse der Bevölkerung ab.

(B)

Vizepräsident Ravens: Das Wort erhält der Abgeordnete Focke.

Abg. **Focke** (CDU *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte die Argumentation von Frau Wiedemeyer unterstützen. Das ist auch ganz klar, denn wir haben gemeinsam diesen Gesetzesänderungsantrag eingebracht. Ich halte die Gegenargumente, die hier vorgebracht worden sind, auf die der DVU möchte ich gar nicht eingehen, weil das sowieso alles nur permanent eine destruktive Kritik ist, aber auch das, was Frau Trüpel mit ihren vier Punkten gesagt hat, nicht für stichhaltig. Das stichhaltigste Argument ist doch, dass wir es hier mit dem höchsten Repräsentanten des Staates in unserem Bundesland zu tun haben, und ich finde, da ist auch eine Gleichbehandlung mit dem Senat durchaus angemessen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Frau W i e - d e m e y e r [SPD]: In allen anderen Ländern ist das so!)

Das ist in anderen Bundesländern auch so, und wir machen hier nichts Besonderes. Das jetzt aufzubauen

*) Vom Redner nicht überprüft.

schen, finde ich, ist ein bisschen an den Haaren herbeigezogen.

(C)

Es ist ja deswegen ein Dringlichkeitsantrag, meine Damen und Herren, weil wir uns am Anfang der Wahlperiode befinden, und ich finde, wenn wir Änderungen machen, die auch wirklich durchaus sinnvoll sind, dann soll man sie dann machen, wenn sie anstehen, und das ist am Anfang der Periode. Deswegen wollen wir das jetzt auch so durchziehen.

Ich glaube, das eine Argument, das hier von den Koalitionsparteien vorgebracht worden ist, ist das entscheidende Argument, warum das gemacht werden muss. Die anderen Dinge, die Sie genannt haben, Frau Dr. Trüpel, sind mehr oder weniger herbeigezogen. Es geht auch nicht um Filz oder Unterbringung von Leuten, denn Sie wissen, Mehrheiten können durch die Wähler auch einmal geändert werden, und dann sieht das ganz anders aus. Deswegen trifft dieser Filzvorwurf überhaupt nicht zu. Es geht um eine ganz normale anständige, in den anderen Bundesländern schon übliche Handhabung. Ich bitte Sie sehr, das jetzt auch so mitzumachen. – Danke!

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

(D)

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Gesetz zur Änderung des Bremischen Beamtengesetzes, Drucksache 16/31, in erster Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Bündnis 90/Die Grünen, Abg. T i t t m a n n [DVU] und Abg. W e d l e r [FDP])

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Meine Damen und Herren, die Fraktionen der SPD und der CDU haben darum gebeten, Behandlung und Beschlussfassung in erster und zweiter Lesung vorzunehmen. Ich lasse deshalb darüber abstimmen, ob wir jetzt in eine zweite Lesung eintreten wollen.

Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen)

- (A) Ich bitte um die Gegenprobe!
- (Dagegen Abg. **T i t t m a n n** [DVU] und
Abg. **W e d l e r** [FDP])
- Stimmenthaltungen?
- Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend.
- Wir kommen zur zweiten Lesung.
- Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.
- Wir kommen zur Abstimmung.
- Wer das Gesetz zur Änderung des Bremischen Beamtengesetzes, Drucksache 16/31, in zweiter Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!
- (Dafür SPD und CDU)

- Ich bitte um die Gegenprobe!
- (Dagegen Bündnis 90/Die Grünen, Abg.
T i t t m a n n [DVU] und Abg. **W e d l e r**
[FDP])
- Stimmenthaltungen?
- (B) Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend.

Erhöhung der Fraktionszuschüsse

Antrag des Abgeordneten **Wedler** (FDP)
vom 5. September 2003
(Drucksache 16/32)

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort erhält der Abgeordnete **Wedler**.

Abg. **Wedler** (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte Sie bitten, folgendem Antrag heute zuzustimmen: „Die Erhöhung der Fraktionszuschüsse und die Zahlung“ – ich bitte, das Wort „Finanzierung“ durch das Wort „Zahlung“ zu ersetzen – „eines Ausgleichs an die zahlenmäßig geschrumpfte CDU-Fraktion sind überflüssig und passen nicht in die durch Sparen und den Abbau von konsumtiven Leistungen geprägte haushalts- und finanzpolitische Situation des Landes. Deshalb sind die Fraktionszuschüsse auf dem bisherigen Niveau einzufrieren und ein Ausgleichsbetrag an die CDU-Fraktion nicht zu zahlen.“

Die Erhöhung der Fraktionszuschüsse und die Zahlung eines Ausgleichsbetrages an die CDU-Fraktion wurden vom Bürgerschaftsvorstand Ende August beschlossen. Die Öffentlichkeit erfuhr dies durch ei-

ne knappe Erklärung von Frau **Trüpel** aus der Presse. Letzten Freitag stand dieser Punkt auf der Tagesordnung des nicht öffentlich tagenden Haushalts- und Finanzausschusses, das heißt, hier ging es um die Bereitstellung der erforderlichen Haushaltsmittel.

Ich hatte für diese Sitzung einen Änderungsantrag gestellt mit dem Ziel, die Mittelbereitstellung für die Erhöhung der Fraktionszuschüsse und die Zahlung des Ausgleichsbetrages an die CDU-Fraktion angesichts der desolaten Haushaltslage des Landes und der angekündigten Leistungskürzungen in vielen senatorischen Bereichen als Zeichen des guten Beispiels zu blockieren. Dieser Antrag wurde leider abgelehnt. Deshalb stelle ich heute für die öffentliche Sitzung der Bremischen Bürgerschaft den vorliegenden Dringlichkeitsantrag mit dem Ziel, das Ansinnen des Bürgerschaftsvorstandes und die Beschlussfassung des Haushalts- und Finanzausschusses vom letzten Freitag zu stoppen. Wir können uns diese zusätzlichen Geldausgaben nicht leisten. Wir dürfen sie uns auch nicht leisten. Wir müssen hier in der Bürgerschaft mit gutem Beispiel vorangehen und den Bürgern ein Zeichen setzen. Schnellschüsse an der Öffentlichkeit vorbei sind nach meiner Auffassung nicht vertretbar.

Dem großen Medienecho zu dieser Thematik können Sie entnehmen, welches Fass Sie aufgestoßen haben. Was der Bürgerschaftsvorstand beschlossen hat, ist angesichts der finanzpolitischen Situation Bremens und des angekündigten Sparens in allen Bereichen schlicht nicht vermittelbar. Die Bremische Bürgerschaft wurde verkleinert. Dies muss sich nicht nur in den direkten Zahlungen an die geringer gewordene Zahl der Abgeordneten, sondern auch in den Mitteln für die Fraktionen auswirken!

Sicher ist es richtig, dass Fraktionen bezuschusst werden und dass Oppositionsfraktionen einen Zuschlag bekommen. Da die tariflichen Steigerungen der Gehälter für die Fraktionsmitarbeiter, wenn ich es richtig sehe, schon in die alten Zuschussbeträge eingeflossen waren, ist die neuerliche Erhöhung der Fraktionszuschüsse völlig überflüssig und im Hinblick auf die angekündigten Sparerfordernisse und Leistungskürzungen auch politisch nicht anständig.

(Abg. Frau **L i n n e r t** [Bündnis 90/Die Grünen]: Die sind gar nicht erhöht, Herr **Wedler**!)

Man kann den Bürger nicht auf Sparen, Leistungskürzungen und Gehaltskürzungen einstellen, zum Beispiel die öffentlichen Verwaltungen auf Kürzungen der Gehälter, viele Vereine und Einrichtungen auf Kürzungen oder gar Streichung ihrer Zuschüsse, oder gar über Bäderschließung diskutieren, sich selbst dann aber von solchen Dingen ausnehmen. Das ist verheerend für unser aller öffentliches Image. Davon profitieren nur solche Gruppierungen, die oh-

(A) nehin unseren Staat und seine Repräsentanten in Frage stellen oder gar zum Teufel wünschen.

Wir, die Bremische Bürgerschaft, dürfen uns von den allgemeinen Sparbemühungen nicht ausnehmen. Wenn eine Erhöhung der Fraktionsmittel beabsichtigt wird, dann sollte dies nicht jetzt so eben beiläufig und möglichst unter Ausschluss der Öffentlichkeit geschehen, sondern offen und transparent bei den anstehenden Haushaltsberatungen im Zusammenhang auch mit den übrigen Anforderungen diskutiert werden.

Ein besonderes Kapitel in diesem Zusammenhang ist die Zahlung eines Ausgleichsbetrages an die zahlenmäßig geschrumpfte CDU-Fraktion. Selbst wenn so etwas in der Vergangenheit vorgekommen ist, kann dies kein Präjudiz für heute oder morgen sein. Die Zeiten, insbesondere die finanzpolitische Situation des Landes Bremen, haben sich geändert, dramatisch geändert mit der Folge, dass auch alte Praktiken sich ändern müssen. Dies muten wir den Bürgern zu, auch den Beschäftigten im öffentlichen Dienst, dann kann davon auch der Politikbetrieb nicht ausgenommen werden. Jede Partei musste mit Veränderungen ihrer Mandate rechnen, erst recht in einer Situation, in der die Bürgerschaft verkleinert wurde. Jede Partei hätte Vorsorge treffen und Rücklagen bilden können.

(B) Die CDU-Fraktion schiebt nach ihrem Rechenschaftsbericht einen Rücklagenbetrag vor sich her. Es ist schlechterdings nicht einsehbar, warum angesichts dieser Tatsache der CDU-Fraktion ein Ausgleichsbetrag für die Abwicklung nach der Bürgerstammswahl ihres zu groß dimensionierten Fraktionsapparates zugebilligt wird. Jedes Unternehmen, jeder Verein versucht in einem solchen Fall, durch eigene Kraftanstrengung das im Grunde marginale, denn es geht ja um einen relativ kleinen Betrag, wenn ich es richtig sehe, Finanzproblem selbst zu lösen. Ich weiß nicht, ob Sie bei der CDU überhaupt in diese Richtung gedacht haben!

Ich glaube im Übrigen, und das möchte ich zum Abschluss noch sagen, dass das gesamte System der Honorierung der Abgeordneten und der Fraktionen einschließlich der Regierung beziehungsweise des Senats und der Staatsräte auf den Prüfstand gehört, das gilt auch für das Deputationswesen beziehungsweise -unwesen. Auch im Versorgungsbereich der Senatoren und Staatsräte sowie bei den Übergangsgeldern für Abgeordnete und dem Erwerbsausfall für Abgeordnete haben sich für mich Missstände entwickelt, die dringend korrigiert werden müssen. Die anstehenden Haushaltsberatungen bieten für solche Korrekturen eine sehr gute Basis.

Sie haben mich gestern und auch heute wieder nach Einsparvorschlägen gefragt. Das wäre einer, der zwar in der Höhe sicherlich nicht durchschlagend wäre, aber immerhin einen kräftigen Symbolcharakter hätte, weil wir damit deutlich machen kön-

nen, dass wir mit sehr gutem Beispiel vorangehen und den Bürgern ein Beispiel geben, denen wir auch Leistungskürzungen zumuten. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Vizepräsident Ravens: Das Wort erhält der Abgeordnete Tittmann.

Abg. **Tittmann** (DVU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Leider habe ich diesen Dringlichkeitsantrag erst am 10. September zu Beginn der Landtagssitzung erhalten, natürlich in der Hoffnung, dass ich in der Kürze der Zeit zu diesem skandalösen Vorgang wohl nicht mehr in der Lage sein würde, hierzu einen konstruktiven und fachlichen Redebeitrag leisten zu können. Da haben Sie sich getäuscht! Lachen Sie, da haben Sie sich getäuscht! Vorab möchte ich Ihnen deutlich zur Kenntnis geben, dass, wenn ich mir als Vertreter der Deutschen Volksunion es erlaubt hätte, hier einen Dringlichkeitsantrag ohne Überschrift einzureichen, Sie diesen Antrag ohne Wenn und Aber nicht angenommen hätten. Das ist erst einmal Tatsache.

Zunächst erst einmal verwundert es mich doch schon sehr, dass ein solcher Antrag ausgerechnet von der FDP eingebracht worden ist, also ausgerechnet von einer Partei, deren Ehrenvorsitzender Graf Lambsdorff ein rechtmäßig verurteilter und vorbestrafter Steuerbetrüger ist. Herr Willy Wichtig, oh Entschuldigung, Herr Willy Wedler, solche vorbestraften kriminellen Typen würden aus der Deutschen Volksunion hochkantig sofort hinausfliegen und nicht noch als Belohnung ihrer kriminellen Machenschaften Ehrenvorsitzende werden. Bei der FDP ist es anscheinend ohne Problem und ohne Moral möglich.

Gerade die Diskussion in Bezug auf die Sanierungspolitik des Bundeslandes und so weiter hat auch deutlich gemacht, dass Ihr obergroßer Guru, Wirtschaftssanierer Herr Jäger, für die wirtschaftlichen Probleme, Sanierungsprobleme dieses Landes erst verantwortlich ist. Dies zu erwähnen haben Sie leider in Ihrem Redebeitrag vergessen. Sie sehen also, meine Damen und Herren, die FDP ist auf der Grundlage ihrer verfehlten und gescheiterten Politik nutzloser und sinnloser als ein Kropf.

Darum stellt sich auch die Frage: Wer braucht eigentlich diese sich jedem anbietende FDP? Keiner! Also, Herr Wedler, aufgrund der eben genannten Tatsachen bin ich der Meinung, dass, wohlwissend, dass Ihr Antrag abgelehnt wird, doch Ihr Antrag wohl nicht so ganz ernst gemeint war.

Ebenso möchte ich, meine Damen und Herren von den Grünen, bevor Sie hier etwas sagen, daran erinnern, dass Sie vor zirka vier Jahren erhebliche personelle Einschnitte in Ihrer Fraktion hinnehmen mussten und diese finanziell verlustmäßig auf Kosten der Steuerzahler zügig erstattet worden sind. Also, an Ihrer Stelle würde ich bei diesem Thema ganz ruhig bleiben!

(C)

(D)

(A) Die Deutsche Volksunion hat sich seit ihrer Gründung, an der Spitze unser Bundesvorsitzender Dr. Frey, gegen unverschämte und überhöhte Fraktionszuschüsse sowie die unverhältnismäßig hohen Diäten ausgesprochen.

(Abg. G ü n t h n e r [SPD]: Waschmaschine!)

Die Unverschämtheit ist die für Bürger nicht mehr nachvollziehbare Tatsache, dass die Fraktionen des Landtages im Jahr, das sage ich ganz deutlich, ganz ruhig und ganz sachlich, damit das auch jeder mitbekommt, 4,5 Millionen Euro, das sind neun Millionen DM, hart erarbeitete Steuergelder im Jahr erhalten. Meine Damen und Herren, diese Unverschämtheit ist für die Deutsche Volksunion unerträglich. Diesbezüglich werde ich im Namen der Deutschen Volksunion wieder und wieder einmal, bis Sie es begriffen haben, Anträge einbringen, die Fraktionszuschüsse sowie die Diäten drastisch zum Wohle der Bevölkerung zu kürzen.

Meine Damen und Herren, die Deutsche Volksunion sieht es nämlich nicht ein und wird es auch niemals akzeptieren, dass sich in Zeiten, in denen von den Bürgern und Bürgerinnen immer mehr und größere Opfer verlangt werden, in denen Hallenbäder geschlossen werden müssen und Bürger steuerlich schamlos überdimensional abgezockt werden, also in Zeiten einer Rezession, die Fraktionen schamlos und unverhältnismäßig mit sage und schreibe 4,5 Millionen Euro auf Kosten und zu Lasten der hart arbeitenden Steuerzahler bedienen. Das wird die Deutsche Volksunion niemals akzeptieren.

(B) Herr Präsident Weber, wie ich es aus der Presse, dem „Weser-Kurier“, entnehmen konnte, verteidigt und entschuldigt der Präsident der Bürgerschaft diese durch nichts mehr zu rechtfertigenden finanziellen Überversorgungen der Fraktionen auch noch mit der Begründung, und jetzt muss man genau hinhören, einer Ersparnis bei den Diäten. Dabei hat er ganz vergessen, dass sich meines Wissens schon eine Diätenkommission gebildet hat mit den widersprüchlichen Begründungen, dass nun 83 Abgeordnete die Arbeit von ehemals 100 Abgeordneten mit verrichten müssen und diese 83 Abgeordneten nun dementsprechend mehr verdienen müssen. Diese irrsinnige Begründung einer Diätenerhöhung kann ich nun wirklich nicht nachvollziehen.

Nun frage ich Sie allen Ernstes: Erstens, wo wäre eine solche Forderung, eine solche Begründung einer Gehaltserhöhung in der freien Wirtschaft möglich? Nirgends! Zweitens frage ich Sie: Was haben denn die ehemaligen 17 jetzt ausgeschiedenen Abgeordneten für eine arbeitsintensive Arbeit geleistet in all den Jahren, wenn es jetzt möglich ist, dass nun 83 Abgeordnete die Arbeit von 100 Abgeordneten leisten und mitmachen können?

Das verwundert mich doch schon sehr. Diese Frage möchte ich hier und heute im Sinne und Interesse der Bevölkerung beantwortet haben. Die Deutsche Volksunion macht jedenfalls eine solche schamlose Selbstbereicherung der Fraktionen auf Kosten der Bevölkerung nicht mit. Ebenso ist es für die Deutsche Volksunion unerträglich, dass gescheiterte Politiker, die zum Beispiel nur anderthalb Jahre im Amt gewesen sind, wie zum Beispiel Herr Schill in Hamburg, jetzt eine Abfindung von sage und schreibe 175 000 Euro, 300 000 DM, für anderthalb Jahre bekommen sollen. Aber Gott sei Dank wird dieser zahnlose und politisch inaktive Schill, die Schill-Partei insgesamt, gnadenlos dem politischen Ende zugehen! – Vielen Dank!

(C)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat der Abgeordnete Kastendiek das Wort.

Abg. **Kastendiek** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Redebeitrag des Abgeordneten Tittmann war

(Abg. T i t t m a n n [DVU]: Gut!)

ein typisches Beispiel für das, was man hier und da auch ein bisschen in der Presse ab und zu einmal ansatzweise nachvollziehen konnte, ich sage ganz bewusst, nur ansatzweise, nicht pauschal, sondern nur in wenigen Fällen: Hier mit einer allgemeinen Empörung arbeiten zu wollen, und dass man mit dieser allgemeinen Empörung, die zwischenzeitlich in der Bevölkerung leicht herzustellen ist, alles in einen Topf wirft, undifferenziert bewertet und dann zu solchen Schlussfolgerungen kommt, wie Sie es gemacht haben!

(D)

Leider hat sich nach meiner Auffassung der Abgeordnete Wedler auch auf diesen Pfad begeben. Herr Tittmann, Sie haben Ihre zweite Rede wohlwissend, was die anderen ja schon sagen, sicherlich auch schon geschrieben, von daher könnten Sie auch einmal eben kurz erwähnen, wie es mit der Seriosität Ihrer Abgeordneten von 1991 bis 1995 hier ausgesehen hat!

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wenn Sie das nicht wissen sollten, rufen Sie in München an, dort wird Ihnen sicherlich Auskunft gegeben werden können.

Gegenstand der heutigen Debatte, meine Damen und Herren, sind die Zuschüsse der Fraktionen beziehungsweise deren Geschäftsstellen. Es geht dabei nicht um Diäten oder sonstige Leistungen, über die wir hier heute nicht diskutieren. Ich weiß auch nicht, woher Sie irgendwelche Annahmen haben, was welche Kommission schon geschrieben hat. Mein Kenntnisstand ist, dass die Kommission zur-

(A) zeit arbeitet, aber noch nichts fertig hat. Von daher spekulieren Sie da im Reich der Fabelwesen. Es geht um Haushaltsmittel, die zur Finanzierung der Arbeit der Fraktionen und deren Geschäftsstellen im Haushalt zur Verfügung gestellt werden beziehungsweise reserviert sind.

Die Arbeit der Fraktionen und deren Geschäftsstellen richtet sich nach den gesetzlichen Bestimmungen. Als unterstützendes Organ für die Arbeit der Legislative, nämlich der Abgeordneten, werden unverändert hohe Anforderungen an die Leistungs- und Dienstleistungsfähigkeit der Geschäftsstellen gestellt. Bei den Fraktionsgeschäftsstellen laufen die parlamentarischen Aktivitäten der einzelnen Abgeordneten zusammen, werden Gesetzgebungsverfahren begleitet, die interfraktionellen Abläufe koordiniert sowie eine umfassende Öffentlichkeitsarbeit organisiert. Hierzu beschäftigen die Fraktionen Mitarbeiter, die die Abgeordneten beraten und in organisatorischer Hinsicht unterstützen. Gerade in einem Halbtagsparlament wie der Bremischen Bürgerschaft sind zahlreiche berufstätige Abgeordnete auf die Unterstützung der Fraktionsgeschäftsstellen angewiesen, um auch ihrer Funktion und den Anforderungen, die gerade in der Öffentlichkeit an sie gestellt werden, gerecht zu werden. Da Abgeordnete in Bremen zum größten Teil über keine persönlichen Referenten oder wissenschaftlichen Mitarbeiter verfügen, kommt den Fraktionsgeschäftsstellen eine umso größere Bedeutung zu. Nur zur Information: In Hamburg teilen sich zwei Abgeordnete einen wissenschaftlichen Mitarbeiter. Wenn das hier unsere Abgeordneten hören, träumen diese nur von solchen Arbeitsverhältnissen. Wir sind hier an der Stelle doch schon relativ am unteren Bereich.

(B) Bei der Finanzierung beziehungsweise den Zuschüssen für diese Arbeit geht es nicht um zusätzliches – um das auch noch einmal klarzustellen – Einkommen für Abgeordnete, sondern schlichtweg nur um die Finanzierung und Aufrechterhaltung der Arbeit der Fraktionen. Die Haushaltsführung der Fraktionen und der Geschäftsstellen ist dabei wie die Landes- und Stadtbehörden sowie sonstigen öffentlichen Einrichtungen gemäß Paragraph 7 der Landeshaushaltsordnung einer an Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit ausgerichteten Haushaltsführung unterworfen und unterliegt gemäß Paragraph 91 Landeshaushaltsordnung der Kontrolle des Rechnungshofes. Die Rechnungslegung der Fraktionen wird jährlich mit dem Prüfungsvermerk der Wirtschaftsprüfer in einer Bürgerschaftsdrucksache veröffentlicht und ist somit für jeden zugänglich, ein transparentes und offenes Verfahren.

Die Verteilung der zur Verfügung stehenden Mittel wird im Wesentlichen am Anfang einer Legislaturperiode festgelegt beziehungsweise geregelt. Die Höhe der Mittel für die einzelnen Geschäftsstellen richtet sich dabei nach dem Abschneiden bei den Wahlen und der Zugehörigkeit zur Regierung oder

Opposition. Der so genannte Oppositionsbonus ist hier schon angesprochen worden. In diesem Zusammenhang wurde in den vergangenen Tagen gern das Missverständnis gepflegt, dass mit einer Verkleinerung des Parlaments nicht nur die Summe der Diäten sinkt, sondern auch alle anderen Ausgaben im gleichen Maße. Das, meine Damen und Herren, ist ein Trugschluss. Dies ist auch in der Debatte und Diskussion um die Verkleinerung des Parlaments offen angesprochen worden. Ich empfehle jedem, die Protokolle der verschiedenen und zahlreichen Debatten, die hier im Hause geführt worden sind, einmal nachzulesen. Die Mühe müssten sich einzelne Herren hier dann auch schon einmal machen.

Der Fixkostenanteil an den Fraktionsgeschäftsstellen ist relativ hoch. Der Anteil der von der Anzahl der Abgeordneten abhängigen variablen Kosten ist relativ gering. Die Fraktionen haben nicht die Möglichkeit, in dem Maße wie Unternehmen Kosten auszulagern oder extern zu vergeben. Wer jetzt also so tut, als ob mit der vorgenommenen Neuverteilung der Fraktionszuschüsse ein neuer Sachverhalt auftritt, will bewusst den Menschen Sand in die Augen streuen beziehungsweise sich aus opportunistischen Beweggründen profilieren. Man merkt, in Bremerhaven, Herr Wedler, ist Wahlkampf. Die Arbeit der politischen Führung kostet auch in einem Bundesland wie Bremen Geld, und wenn die Arbeit angemessen und hoch qualifiziert ausgeführt werden soll, das ist auch die Anforderung, welche die Öffentlichkeit an die Fraktionen und die Abgeordneten stellt, muss auch dies entsprechend finanziert werden. Auch hier unterscheiden wir uns nicht von den Strukturen der Wirtschaft.

Die CDU-Fraktion muss nun aufgrund des Wahlergebnisses mit knapp zehn Prozent geringeren monatlichen Zuschüssen auskommen als in der vergangenen Legislaturperiode. Um dies gewährleisten zu können, müssen zum Teil auch schmerzhaft personelle und organisatorische Anpassungsmaßnahmen vorgenommen werden. Dies verursacht leider Kosten, die über die monatlichen Zuschüsse nicht dargestellt werden können und auch über die Rücklagen nicht abgefangen werden können, da diese in der Finanzplanung der Fraktionen über die Legislaturperiode hinweg eingeplant sind. Dieses Verfahren, auf das sich die Fraktionen im Prinzip geeinigt haben, ist am Beginn der vergangenen Legislaturperioden immer angewandt worden und ist ebenfalls nichts Neues.

Aus meinen Ausführungen, Herr Wedler, können Sie entnehmen, dass das, was Sie aufgeschrieben und ausgeführt haben, substanzlos ist, nicht haltbar und dass Sie es auch schlichtweg verkehrt begründet haben. Es ist offensichtlich, dass Sie versucht haben, den Wahlkampf in Bremerhaven zu nutzen, um sich hier zu profilieren. Auch da kann ich Ihnen nur empfehlen, wir hatten in der vergangenen Woche ein sehr offenes Gespräch auch zu diesem The-

(C)

(D)

(A) ma, sich einmal mit Ihren eigenen Fraktionsgeschäftsführerinnen und Fraktionsvorsitzenden zu unterhalten, wie das Prinzip einer Fraktionsgeschäftsstelle funktioniert.

Ich denke, dass wir hier mit den Fraktionsfinanzen immer sehr offen umgegangen sind, deswegen gibt es auch keinen Anlass, hier etwas zu verheimlichen oder zu vertuschen. Es ist alles nachvollziehbar. Auch das Haus der Bürgerschaft orientiert sich an den Einsparnotwendigkeiten, die wir in diesem Sanierungsland Bremen haben. Es zeigt sich an der Summe der Einsparungen von 500 000 bis 600 000 Euro per annum, die dargestellt werden und auch nicht an anderer Stelle wieder einkassiert werden, sondern wir gehen hier transparent, offen und ehrlich damit um. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Linnert.

(B) Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Wedler, Sie bekommen keine Fraktionszuschüsse, weil Sie keinen Fraktionsstatus von den Wählerinnen und Wählern zugestanden bekommen haben. Haben Sie sich Gedanken darüber gemacht, wie Sie sich verhalten hätten in den Verhandlungen, wenn Sie Fraktionsstatus bekommen hätten? Sind Sie der Überzeugung, dass Sie dann in den Verhandlungen der Fraktionsvorsitzenden über die Frage der Verteilung der Mittel nein gesagt hätten? Wir brauchen das nicht, oder wir brauchen viel weniger? Wir brauchen keinen Oppositionsbonus, oder er soll noch viel geringer sein, oder wir brauchen keinen Pro-Kopf-Zuschuss? Hätten Sie das gesagt?

(Abg. **B ö h r n s e n** [SPD]: Die FDP hat nicht die Perspektive, Fraktion zu werden!)

Das ist doch gerade der Punkt, das würde mich eigentlich am meisten interessieren, ob Sie nicht eigentlich nur etwas sehr Populistisches machen und sich nicht damit auseinandersetzen, dass die Lage ein bisschen komplizierter ist, und – Wahlkampfgetöse ist schon gesagt worden – auch nicht darüber nachdenken, dass bezogen auf die FDP-Fraktion, als sie vor acht Jahren aus der Bremischen Bürgerschaft geflogen ist, selbstverständlich hier überlegt worden ist, es werden ja auch Arbeitsplätze geschaffen, wie man für einen ordentlichen Übergang sorgen kann. Sie sitzen da viel mehr in einem Boot, als Ihnen das recht ist, und Sie müssen sich überlegen, was Sie tun.

Die Rechnung, darüber kurzfristig Zustimmung zu bekommen, wird vielleicht aufgehen. Langfristig,

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

(C) glaube ich, machen Sie einen Fehler, denn das wird auf die Politik insgesamt zurückschlagen, wenn einzelne Leute so tun, als sei es nicht zumindest ein Spannungsverhältnis zwischen Umgang mit Steuergeldern und dem, was der Bedarf unserer Arbeit ist. Das kritisiere ich an Ihnen, dass Sie nicht sehen wollen, aus welchen Gründen auch immer, dass es einfach ein bisschen komplizierter ist.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Diese Bürgerschaft hat 17 Kolleginnen und Kollegen eingespart, wenn man einmal in diesem Termin bleiben will, wie er jetzt gerade durch die Presse geht. Das kann sich, wenn man das einmal mit anderen Betrieben oder auch mit dem öffentlichen Dienst vergleicht, weiß Gott sehen lassen. Es ist schon sehr bitter, dass es uns insgesamt nicht gelungen ist, der Bevölkerung gegenüber dies auch als etwas darzustellen, das zeigt, dass wir die Realitäten hier zur Kenntnis nehmen, dass wir bereit sind, eigene Opfer zu bringen, dass wir bereit sind, Anstrengungen zu unternehmen, dass eben nicht hier immer so getan wird, als ginge das Leben für uns alle so weiter, während woanders gespart wird.

(D) Es ist uns auch nicht leicht gefallen. Herr Wedler, gerade Ihre Kollegen aus Bremerhaven sind diejenigen gewesen, denen es am schwersten gefallen ist, dieser Parlamentsverkleinerung zuzustimmen. Das alles ist jetzt leider in der öffentlichen Darstellung total verpufft, und es wird nur noch darüber geredet, was mit den Fraktionszuschüssen passiert. Man kann sich überlegen, was wir auch selbst in der Vermittlung falsch gemacht haben, aber manchmal habe ich den Eindruck, es ist auch chancenlos, weil natürlich in dem Maße, in dem Politik es der Bevölkerung gegenüber nicht schafft, Lösungen für Probleme zu präsentieren, für Probleme, die wir gemeinsam sehen und haben, in dem Maße muss man damit rechnen, dass sich der Unmut über unsere Arbeit natürlich dann auch an dem Geld festmacht, das wir hier erhalten.

Im Gegensatz zu einigen Pressemeldungen ist es bei der Verabredung über die Fraktionszuschüsse, das hat Herr Kastendiek hier auch richtig gesagt, an keinem einzigen Punkt um die Erhöhung von Diäten gegangen. Es gibt diese unglückselige Nebenabrede der großen Koalition.

(Abg. **B ö h r n s e n** [SPD]: Es gab!)

Gab, ja richtig! Es gab sie, dort ist auch über die Diäten gesprochen worden. Die Grünen haben durchgängig, und dabei bleibe ich auch hier, den Standpunkt vertreten, dass wir bei einer anstehenden Diätenerhöhung oder wenn das Einkommen in der Bevölkerung sinkt, auch bei einer Erniedrigung der Diäten, das ist theoretisch auch möglich, keinen Zu-

- (A) sammenhang herstellen werden zu den 17 Kolleginnen und Kollegen, die hier eingespart werden, dass das noch einmal ganz klar ist! So haben wir uns in der letzten Legislaturperiode und auch immer weiter verhalten und geäußert, und dabei bleiben wir auch.
- Bei den Zuschüssen für die Fraktionen, Herr Tittmann hat hier mit Riesensummen jongliert, darf man vielleicht noch einmal darauf hinweisen, dass in allen anderen Landtagen in Deutschland der Staat aus seinem großen Haushaltstopf den Fraktionen Räumlichkeiten zur Verfügung stellt, in denen sie Arbeitsmöglichkeiten haben. Das ist in Bremen nicht so aus bekannten Gründen. Das heißt, von den Fraktionszuschüssen werden Räume angemietet, in denen die Abgeordneten und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeiten können.
- Herr Wedler, Ihr Antrag ist übrigens auch handwerklich nicht so auf der Höhe, denn Sie fordern, dass die Fraktionszuschüsse auf dem bisherigen Niveau einzufrieren sind und ein Ausgleichsbetrag an die CDU-Fraktion nicht zu zahlen ist. Die Kritik in der Öffentlichkeit war aber gerade, dass wir den Fraktionszuschuss nicht abgesenkt haben. Wenn man das tut, was in Ihrem Antrag steht, schon allein deshalb werden wir den natürlich ablehnen, dann machen wir gerade das, was in der Öffentlichkeit jetzt kritisiert wird, nämlich nicht 17 Prozent der Fraktionszuschüsse einzusparen. Das ist die Kritik in der Öffentlichkeit. Das haben wir in der Tat nicht getan, und eingefroren haben wir ihn im Prinzip mit einem ganz kleinen Betrag, der das überschreitet.
- (B) Das Verhandlungsergebnis der Fraktionsvorsitzenden ist ein Kompromiss. Ich werde nichts über Details in den Verhandlungen sagen. Sie wissen, dass die Grünen sich immer sehr stark dafür einsetzen, dass wir sehr genau bei dem Geld, welches wir verwenden, schauen, das nehmen die anderen hier für sich auch in Anspruch. Bei den Grünen ist es so, dass wir in der letzten Legislaturperiode pro Grünen-Abgeordneten 90 000 Euro Zuschüsse an Fraktionsmitteln erhalten haben. In dieser Legislaturperiode werden es 80 000 Euro pro Kollegin und Kollegen sein. Wir kommen damit klar. Wir werden unsere Arbeit damit organisieren, aber ich werde mich allen Sichtweisen entgegenstellen, nach denen wir nicht sorgfältig mit diesem Geld umgehen und überausgestattet sind. All das, ich sage am Ende der Rede noch einmal etwas dazu, ist nicht richtig.
- Wir sind in den Verhandlungen der CDU entgegengekommen, das ist richtig. Dazu stehe ich auch. Es ist sinnvoll, dass die Fraktionen untereinander für den Fall, dass sich Stimmresultate durch Wahlen stark verändern, Modalitäten verabreden, die dies sozusagen antizyklisch abfedern. Ich möchte nicht, dass hier Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, auch nicht von anderen Fraktionen, von heute auf morgen an die Luft gesetzt werden müssen, sondern wir
- haben auch eine Verantwortung als Arbeitgeber, die haben die Grünen auch.
- (C) Es ist hier auch schon mehrfach erwähnt worden, 1999 ist den Grünen nach einem schlechten Wahlergebnis entgegengekommen worden. Damals haben wir einen Teil des Oppositionsbonus, den damals die AFB-Fraktion erhalten hat, dazubekommen. Deshalb hatten wir in der letzten Legislaturperiode einen vergleichsweise hohen Oppositionsbonus. Dass daraus resultiert, dass wir keinen kritischen Satz mehr zu Fraktionsfinanzen sagen dürfen oder dass wir uns noch die nächsten zehn Jahre in Demut verbeugen, das ist nicht so! Es ist uns dort entgegengekommen worden, wir haben uns dafür revanchiert. Es ist auch richtig gewesen, dass uns damals entgegengekommen wurde, es ist auch richtig, dass wir dieses Mal da etwas für die CDU getan haben. Aber das war es auch! Weitere Ansprüche an uns oder besonderes Wohlverhalten resultieren daraus nicht, werden wir auch nicht machen.
- Das Paket, das ist ein Teil der öffentlichen Auseinandersetzungen, das die Fraktionsvorsitzenden vereinbart haben, enthielt diesen dreimonatlichen zusätzlichen Ausgleich für die CDU aus unserer Wahrnehmung nicht. An dem Punkt sind wir der Meinung, dass dort nachgelegt wurde. Dem haben wir dann auch im Haushaltsausschuss nicht zugestimmt. Wenn das in die Verhandlungen eingebracht worden wäre, hätten die Grünen darauf gedrängt, den Pro-Kopf-Zuschuss pro Fraktion zu senken, um den Gesamtbetrag der Fraktionszuschüsse aus der letzten Legislaturperiode nicht zu überschreiten. Deshalb ist es ein bisschen misslich, dass das Verhandlungsergebnis letztendlich so dasteht, aber zu dem Kernteil stehen wir.
- (D) Hier muss allen klar sein, dass die Politik in dieser Frage in einem Boot sitzt, ob uns das gefällt oder nicht, und dass es nur sehr übergangsweise gelingen wird, sich da irgendwo einen weißen Fuß zu machen. Die Politik ist in der Bevölkerung schlecht angesehen. Das ist bedauerlich, weil es irgendwann auch Dimensionen annimmt, die ich für demokratiefährdend halte. Wir alle haben eine sehr hohe Verantwortung, den Wert und die Bedeutung unserer Arbeit darzustellen, aber auch eine gute Arbeit zu machen, damit die Bevölkerung sieht, was wir leisten und was unsere Aufgabe ist. Das geht nur, wenn wir an uns selbst und den Umgang mit unseren Wählern strenge Maßstäbe anlegen, wenn wir wirtschaftlich mit den Steuergeldern umgehen.
- In den Kreis der Verantwortlichen für das Debakel, was Politik da in Bremen im Moment erleidet, muss man auch die Presseberichterstattung einbeziehen. Zu dem, was wir machen, sollten wir stehen, auch zur Kenntnis nehmen, dass das in der Bevölkerung auf großen Unmut stößt, sich überlegen, ob wir etwas falsch gemacht haben, ob wir das nicht weiter hätten absenken sollen. Darüber, finde ich, sollten wir reden. Aber ich möchte nicht eine

(A) Presseberichterstattung haben, in der Sachen stehen, die nicht vereinbart wurden und wo das über das hinaus geht, was hier wirklich gewesen ist. Das ist der undifferenzierte Rundumschlag, und der nützt letztendlich niemandem.

Weil der Unmut in der Bevölkerung groß ist, schlage ich für die Grünen vor, vielleicht können sich ja hier andere Kollegen anschließen, an diejenigen, die das jetzt am Radio hören, vielleicht berichtet die Presse auch darüber, ich lade Sie ein: Wir haben unser Fraktionsbüro Schlachte 19/20 jeden Tag von 8 bis 17 Uhr geöffnet. Kommen Sie und sehen Sie sich unsere Arbeitsräume an! Die meisten von uns teilen sich ein Arbeitszimmer. Reden Sie mit unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, wir haben Dreißig-Stunden-Stellen! Fragen Sie uns, sehen Sie, wie wir dort arbeiten! Das ist nicht geheim, unsere Türen sind offen, und reden Sie mit uns darüber, wo Sie glauben, wo wir uns einen Standard leisten, der nicht in Ordnung ist, der sich nicht im richtigen Verhältnis zu den Maßstäben bewegt, die sonst angelegt werden. Wir sind gern bereit, Ihnen zuzuhören. Verschaffen Sie sich selbst ein Bild, lassen Sie sich nicht von Menschen einfangen, denen die Demokratie sowieso ein Dorn im Auge ist, sondern sehen Sie, beurteilen Sie unsere Arbeit selbst und dann, ob wir dafür zu hohe Kosten des Staates in Anspruch nehmen!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(B) **Vizepräsident Ravens:** Das Wort erhält der Abgeordnete Böhrnsen.

Abg. **Böhrnsen** (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte, ähnlich wie Frau Linnert in ihrer Schlussbemerkung, den Bogen in dieser Debatte etwas weiter spannen, weil ich glaube, dass es am Ende um mehr geht als um das, was Herr Wedler uns hier als Antrag aufgeschrieben hat.

Wenn wir uns die aktuelle Debatte hier in Bremen anschauen, dann geht es schon um das Verhältnis der Bürgerinnen und Bürger in unserem Lande Bremen zum Parlament, über das wir hier reden müssen. Wenn man die Zeitungen in den letzten Tagen aufgeschlagen hat, und heute gibt es wieder ein Beispiel dafür, dann lesen wir, dass eigentlich unser Bestreben ist, Begriff von heute, „in einem Luxuspalast in tiefen Sesseln darüber nachzudenken, wie wir uns die Taschen vollstopfen“. Wenn man das liest, dann muss es einen ja nicht wundern, dass bei dem regelmäßigen Ranking – welches Ansehen hat welcher Beruf in Deutschland? – die Politiker regelmäßig ganz, ganz unten landen. Deswegen sage ich einmal vorab und ganz gegen diesen Trend: Ich bin stolz, und ich betrachte es als Ehre, dass ich hier Mitglied dieses Parlaments sein darf, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich schränke ein, es ist keine Ehre oder eine zweifelhafte Ehre, wenn man hier einem Rechtsradikalen zuhören muss. Das würde ich uns allen gern ersparen.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Weil ich bei der Ehre bin, ich möchte mich schützend vor alle die stellen, die in den Deputationen als Deputierte wichtige Arbeit machen. Die Deputation ist nicht nur ein Jahrhunderte altes Instrument, um Bürgerbeteiligung zu organisieren, möglich zu machen, sondern die Deputation ist aktuell von ganz hohem Wert, und ich möchte uns eigentlich alle auffordern, dass wir diesen Wert auch weiterhin schützen.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Meine Damen und Herren, es ist völlig klar, dass wir uns der öffentlichen Debatte stellen müssen. Wir müssen uns mit den Argumenten auseinander setzen, und wir müssen auch über die Kritik sprechen, und mögen wir sie auch für fachlich unbegründet halten, sie ist jedenfalls vorhanden.

Zum Wesen des Parlaments gehört die Öffentlichkeit und erst recht und vor allem bei den Fragen, bei denen es um die eigenen Angelegenheiten des Parlaments geht und da vor allem bei den finanziellen Ausstattungen der Abgeordneten und der Fraktionen. Sie wissen, ich bin Jurist und schaue gern, was das Bundesverfassungsgericht zu solchen Sachen sagt, und das hat das wunderschön formuliert: „Das demokratische und rechtsstaatliche Prinzip verlangt, dass der Willensbildungsprozess im Parlament, der zur Festsetzung der Höhe der Entschädigung und zur näheren Ausgestaltung der mit dem Abgeordnetenstatus verbundenen finanziellen Regelung führt, für den Bürger durchschaubar ist und das Ergebnis vor den Augen der Öffentlichkeit beschlossen wird.“

Man kann das auch platt übersetzen: Wenn es um das Geld geht, muss mit offenen Karten gespielt werden, wo Transparenz nötig ist, muss Transparenz hergestellt werden. Hier darf nichts Geheimniskrämendes gemacht werden, und das soll auch so sein. Deswegen ist es gut, dass wir hier heute darüber reden können.

Meine Damen und Herren, zum Wesen des Parlaments gehört auch die Verantwortlichkeit. Das heißt, dass wir das, was wir beschließen, was wir uns vorgenommen haben, auch erklären können und nachvollziehbar machen können. Ich hoffe, diese Debatte trägt ein wenig dazu bei.

Ich habe von der Kritik gesprochen, die wir jeden Tag lesen. Ich beklage diese Kritik nicht, sondern die müssen wir nicht nur ertragen und erdulden, sondern, wie gesagt, annehmen. Zu einer lebendigen De-

(C)

(D)

(A) mokratie gehört, nach meiner festen Überzeugung, das sage ich eben auch von der Stellung und dem Status eines Abgeordneten heraus, ein gesundes Misstrauen gegenüber denjenigen, die für eine bestimmte Zeit, und wir haben alle nur Zeitverträge, in öffentliche Ämter gewählt werden. Das ist in Ordnung, und an dieser Kritik muss man sich abarbeiten.

Was mich in den letzten Wochen geärgert hat, ist, wenn man fachlich sachliche Kritik mit Vorurteilen zusammenrührt, die natürlich überall über unsere Arbeit bestehen, denn, machen wir uns doch nichts vor, unsere Arbeit findet weitgehend unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt beziehungsweise so, dass uns die Öffentlichkeit nicht richtig bei unserer Arbeit zusehen kann. Wir arbeiten hier doch nicht nur zweieinhalb Tage im Parlament. Was mich ärgert, ist, wenn berechnete, notwendige Kritik mit einer Vorurteilsstruktur zusammengerührt wird und am Ende dann nur so etwas herauskommen kann, als dass wir hier ein Selbstbedienungsladen seien. Das können wir nicht auf uns sitzen lassen, aber nicht unseretwegen, nicht wegen unserer beruflichen Ehre, sondern das können wir aus den demokratischen Notwendigkeiten nicht auf uns sitzen lassen.

Ich hoffe sehr, dass, wenn man in der Bevölkerung fragt, wie viel ist euch das Parlament wert, nicht nur geantwortet wird, so wenig wie irgend möglich, sondern ich würde darum bitten, dass man das um die Feststellung ergänzt, so viel wie nötig, um die Aufgaben des Parlaments als Gesetzgeber, als Kontrolleur von Regierung und Verwaltung und als Interessenwahrnehmung der Bevölkerung auch auszuüben. Das wäre die Hoffnung, dass wir jedenfalls so eine Debatte führen können.

(B) Herrn Wedlers Hauptargument ist ja, hier wird nicht gespart, woanders wird überall gespart. Herr Wedler, das ist erstens in der Sache falsch, aber zweitens, wir schauen ja auch in die Zukunft, ich bin der festen Überzeugung, dass wir es in der Sache nicht tun und nie den Eindruck erwecken dürfen, dass wir uns hier im Parlament ein warmes Plätzchen machen wollen, während woanders überall der kalte Wind des Sparens weht. Das geht nicht, sondern wir müssen unseren Teil dazu beitragen, dass der Sanierungskurs, eine restriktive Haushaltspolitik, zu dem es keine Alternative gibt, auch bei uns nicht nur symbolhaft, sondern ganz praktisch angenommen wird, dass wir zeigen, dass wir daran beteiligt sind, dass wir daran teilnehmen. Das wird in den nächsten Wochen und Monaten, wenn es in die Haushaltsberatungen geht, natürlich ein ganz wichtiger Punkt sein. Also, meine Damen und Herren, wir nehmen uns vom Sparen nicht aus, wir können das nicht und werden das auch nicht tun.

Nun noch einmal zur Sache! Warum haben wir die Parlamentsverkleinerung in der letzten Legislaturperiode beschlossen? Ich kann für die SPD-Fraktion sagen, wir haben sie nicht deswegen beschlos-

sen, weil wir glaubten, 17 Abgeordnete seien überflüssig, sondern wir haben sie beschlossen, weil wir als Parlament, als Volksvertretung unseren Beitrag dazu leisten wollten, dass in Bremen gespart wird. Das ist das einzige und vertretbare Argument gewesen.

Aus demokratischen Gründen kann man doch eigentlich gar nicht anderer Überzeugung sein, dass eine größtmögliche Beteiligung auch mit dem demokratischen Prinzip sehr viel besser vereinbar ist als eine kleine Beteiligung. Das war der Gesichtspunkt! Wir sparen 17 Mal Diäten im Monat und im Jahr. Wir sparen 17 Mal Sitzungsgelder, wir sparen 17 Mal Reisekosten, davon ist ja auch die Rede. Da sollte man einmal sagen, wie wenig das bremische Parlament reist, da könnte ich Ihnen aber andere Beispiele nennen. Wir sparen 17 Mal Versorgungsanwartschaften. Der Betrag ist schon genannt worden, aktuell ist es eine halbe Million Euro, die eingespart wird, und das wird sich in der Perspektive, wie uns der Präsident berichtet hat, auf 750 000 Euro entwickeln. Das ist der Sparbeitrag des Parlaments, und nur so ist aus meiner Sicht die Parlamentsverkleinerung überhaupt vertretbar und zu rechtfertigen gewesen. Das ist übrigens die kleinste Bürgerschaft, die es in der Geschichte Bremens der vielen hundert Jahre je gegeben hat, richtig in dieser Zeit, aber das darf man auch einmal sagen.

Fraktionszuschüsse! Herr Wedler, ich habe am Anfang der Debatte um die Verkleinerung immer gesagt: Wer glaubt, man könne den gesamten Apparat, der zum Parlament gehört, entsprechend verkleinern, der hat vom Parlamentarismus keine Ahnung. Unsere Aufgaben werden doch nicht um 17 Prozent kleiner, weil wir hier im Hause 17 Kollegen weniger sind. Der Senat beschließt nicht weniger Gesetzentwürfe, weil wir hier 17 weniger sind. Die Verwaltung macht nicht 17 Prozent weniger, weil sie 17 Prozent weniger von uns kontrolliert werden kann.

Ich darf Ihnen das einmal konkret für die SPD-Bürgerschaftsfraktion sagen: Wir beschäftigen sechs hoch engagierte, motivierte wissenschaftliche Mitarbeiter für 40 Abgeordnete. Glauben Sie, ich kann, weil wir nicht mehr 47 sind wie in der letzten Legislaturperiode, darauf verzichten, einen Juristen oder einen Ökonomen zu beschäftigen, und dann sagen, wir können dann bremische Gesellschaften nicht mehr so kontrollieren, wie das nötig ist? Soll ich das nach außen vertreten? Nein, das geht so nicht! Diese Unterstützung brauchen wir nach wie vor, und wer das verneint, der hat vom Parlamentarismus und von der Aufgabe des Parlamentarismus, unsere Aufgabe ist nämlich zu kontrollieren und zu steuern, keine Ahnung! Das darf man auch einmal sagen.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Noch einmal ein Wort zu den Diäten! Ich wollte eigentlich nichts dazu sagen, weil das Thema uns ja

(C)

(D)

(A) vielleicht ein bisschen später beschäftigt, aber man muss auch einmal darauf zu sprechen kommen. Wissen Sie, es hat einmal jemand gesagt, in Deutschland lässt sich leichter über Steuererhöhungen diskutieren als über Diäten, und er hat damit gemeint, dass es deswegen so schwierig ist, weil es ja eigentlich keinen Berufsstand gibt, der gezwungen ist, über sein Einkommen allein zu entscheiden! Ich habe das Bundesverfassungsgericht angesprochen, schauen Sie einmal in die Entscheidungen, dann werden Sie herausfinden, dass wir das nicht abgeben dürfen!

Wir können das nicht delegieren, sondern wir müssen am Ende darüber befinden, wie hoch die Diäten von Abgeordneten sind, und wir haben in Bremen das Bestmögliche daraus gemacht. Ich habe gelesen, auch der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei hat uns vorgeworfen, wir hätten in unserem Abgeordnetengesetz etwas Neues geregelt. Wir haben in unserem Gesetz eine ganz kluge Regelung, die sagt, dass es eine Kommission gibt, besetzt aus Vertretern verschiedener gesellschaftlicher Gruppen, Handelskammer, Arbeitnehmerkammer und wer alles dabei ist, und die sollen die Angemessenheit der Diäten jedes Jahr ein Mal prüfen.

(B) Dann haben wir noch etwas Besonderes, Einzigartiges in allen Bundesländern: Die Angemessenheit, die Vergleichbarkeit von Abgeordneteneinkommen mit anderen Einkommen wird nicht nur im Vergleich zu Erwerbseinkommen, sondern auch im Vergleich zu Transfereinkommen geprüft. Das heißt, wir vergleichen uns bei der Angemessenheit auch mit den Einkommen aus Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe. Da müssen wir uns doch nicht verstecken und sagen, das ist etwas, wofür wir uns kritisieren lassen müssen, sondern das ist eine hervorragende Regelung, und wenn diese Diätenkommission einen Bericht vorlegt, dann muss man sich den anschauen, dann muss man den aus politischen Gründen bewerten und am Ende fragen: Ist das vertretbar oder nicht vertretbar, macht man das, oder macht man das nicht? Diese Entscheidung kann uns niemand abnehmen, und diese Entscheidung werden wir auch treffen!

Ich könnte noch zu vielem etwas sagen. Die Geschichte mit dem Erwerbsausfall hat mich auch ziemlich erregt, das sage ich Ihnen einmal ganz deutlich. Es gibt so viele, die sich darüber beklagen, dass in unseren deutschen Parlamenten keine selbständigen Unternehmer, keine Freiberufler sitzen,

(Abg. J ä g e r s [SPD]: Und Arbeitnehmer!)

aber wer sie im Parlament haben will, der muss auch Bedingungen schaffen, dass das letztlich möglich ist!

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

(C) Eine andere Frage ist doch, wie das im konkreten Einzelfall gehandhabt wird, und natürlich gibt es nur für den Erwerbsausfall, der auch tatsächlich einen Ausfall hat. Wer, wenn er nicht hier im Parlament säße, in seinem Büro die Däumchen drehen würde, der hätte keinen Anspruch auf Erwerbsausfall, das ist doch völlig klar! Wenn es da individuelles Fehlverhalten gegeben haben sollte, dann muss das auch entsprechend abgestellt werden. Das ist doch völlig klar!

Meine Damen und Herren, ich will an dieser Stelle schließen und nur noch einmal zusammenfassend sagen: Wir stellen uns der Kritik, wir müssen uns mit der Kritik weiter auseinander setzen, und wo es Korrekturbedarf und Fehlentwicklungen gibt, da müssen wir auch etwas verändern, da müssen wir offen und bereit sein, darüber zu reden, aber, meine Damen und Herren, wir wissen auch um unsere Pflichten als Abgeordnete, und ich empfehle uns allen, diese Pflichten, diese Aufgaben mit großem Selbstbewusstsein nach außen zu vertreten und daraus die Konsequenzen zu ziehen. – Danke schön!

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

(D) Der Abgeordnete Wedler hat seinen Antrag geändert. In der ersten Zeile heißt es nun „die Erhöhung der Fraktionszuschüsse und die Zahlung eines Ausgleichs“.

Wer dem Antrag des Abgeordneten Wedler, FDP, mit der Drucksachen-Nummer 16/32 in der geänderten Fassung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür Abg. T i t t m a n n [DVU] und Abg. W e d l e r [FDP])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Meine Damen und Herren, wir sind am Ende der Landtagssitzung. Alles ist abgearbeitet.

Ich schließe die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) und berufe die Sitzung der Stadtbürgerschaft für 14.30 Uhr ein.

(Schluss der Sitzung 12.49 Uhr)